

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 1/2019



Spezialheimkinder-Reha

Subtiler Terror

Kontroverse um Rostocker Ausstellung

Inhalt

Aktuell

- 3 Neujahrsempfang 2019
Erweiterte Dauerausstellung
Mauertote am Eisernen Vorhang
Bilanz Heimkinderfonds Berlin
Kritischer Umgang notwendig
Vormerken!

Recht

- 4 Brandenburg entwickelt sich!
- 5 Anmeldefrist verlängert

International

- 6 Hacker und Überläufer
Sieg der Gerechtigkeit

Dokumentiert

- 7 Unschuldig um die Freiheit gebracht

Thema

- 8 Subtiler Terror

Berichte

- 10 „Unfaßbar gut“ oder Schließung notwendig?
- 11 Gedenktafeln erinnern an die Opfer der DDR
- 12 Erneuter Anschlag auf Hristo Hristov
Baubeginn für Sanierungsmaßnahmen
- 13 Bleibende Verunsicherung
SED-Opfervertreter trafen Bundespräsidenten

Verbände

- 14 Spendenaufruf
Auf DVD erschienen
Erweiterte Öffnungszeiten
Abschied

Service/Bücher

- 16 Honeckers Zuchthaus Brandenburg-Görden
- 17 Vergessene Kinder
- 18 In bewegten Zeiten
- 19 Vertreibungen im Kommunismus

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Am 11. Januar 2019 wurde im Stasimuseum Berlin-Lichtenberg die Sonderausstellung „Zersetzung. Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“ eröffnet (s. auch S. 13).

Foto: N. Radlitz

Editorial

30 Jahre Fall der Mauer – 30 Jahre Deutsche Einheit in Sicht

2019 jährt sich zum 30. Mal der Fall der Mauer und damit der Fall des SED-Regimes. Im nächsten Jahr werden wir den 30. Jahrestag der Wiederherstellung der deutschen Einheit begehen. Gründe zum Feiern? Sicherlich, aber zur Vollendung der deutschen Einheit gehört vor allem, daß den Opfern der SED-Diktatur Gerechtigkeit widerfährt, soweit dies nach menschlichem Ermessen möglich ist.

Ende des vergangenen Jahres haben wir weitreichende Bundesratsentschlösungen zur Verbesserung der sozialen Situation der SED-Opfer durch den Bundesrat bringen können. Im Moment sind wir dabei, in Berlin „Klinken zu putzen“, um im Parlament und in der Regierung Verständnis und aktives Handeln zu erreichen. Wie Sie sicherlich auch selbst schon erfahren haben, ist es so, daß es an Zuspruch und Verständnis bei Politikern nicht fehlt. Aber auch das gehört dazu: Die Dinge sind schnell vergessen, weil sie in der konkreten Umsetzung mit viel Arbeit und Detailwissen, das zu erwerben ist, verbunden sind.

In der zweiten Januarhälfte hatte ich Gelegenheit, mit den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und SPD über unsere Themen zu sprechen. Ich möchte jedoch auch Sie bitten, sich unterstützend – mit Verweis auf die beiden Jubiläen – an Ihre ört-

lichen Mandatsträger aus dem Deutschen Bundestag zu wenden. Als langjähriger Abgeordneter weiß ich, daß viele Abgeordnete erst dann ein Thema als Problem erkennen, wenn es ihnen im Wahlkreis begegnet.

In den Wahlkreisen ist der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, so er von den Bürgern gewollt ist, unmittelbar. Deshalb meine Bitte: Zögern Sie nicht, sich an Ihre örtlichen Bundestagsabgeordneten – egal von welcher Fraktion – zu wenden, um sie zu motivieren und zu hinterfragen, was aus den Bundesratsbeschlüssen zur Verbesserung der sozialen Lage der SED-Opfer geworden ist. Und bitten Sie die Abgeordneten mitzuhelfen, daß die Meinungsbildungsprozesse und Beratungen zügig erfolgen.

In der Bundesgeschäftsstelle halten wir engen und guten Kontakt, aber alleine schaffen wir es auch nicht. Deshalb helfen Sie bitte mit, unsere Interessen bei der Verbesserung der Lage der SED-Opfer um- und durchzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für das Jahr 2019 verbleibe ich,

Dieter Dombrowski
UOKG-Bundesvorsitzender

Neujahrsempfang 2019



Beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten sagte der UOKG-Bundesvorsitzende Dieter Dombrowski zu Frank-Walter Steinmeier: „Es ist wichtig, daß zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit die Anliegen der Opfer zum Abschluß kommen.“

Erweiterte Dauerausstellung

(glp) Die Dauerausstellung in der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam wurde um den Themenraum „Verurteilt. Verschleppt. Verschwiegen“ erweitert und im Januar dieses Jahres eröffnet. Mit Hilfe von einzigartigen Fotos, Kassibern und Objekten wie einer Wattejacke und einem Handkoffer aus dem Gulag werden die Verurteilungspraxis Sowjetischer Militärtribunale und das weitere Schicksal der Gefangenen des Untersuchungsgefängnisses in der Leistikowstraße dargestellt.

Im neuen Ausstellungsraum im Obergeschoß des historischen Gefängnisgebäu-

des ist neben Fotos, Dokumenten und Objekten aus dem Besitz ehemaliger Häftlinge auch eine animierte Projektion mit Zeugnissen von Inhaftierten zu sehen. In einer Medienstation können weiterführende Informationen zu insgesamt 15 Haftschicksalen und Themen sowie Infographiken und Karten abgerufen werden. Die Gesamtkosten für die Ausstellungserweiterung betragen 70 000 Euro, die jeweils zur Hälfte vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg und von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bereitgestellt wurden.

Mauertote am Eisernen Vorhang

(ab) Mit einer Arbeitskonferenz im Januar startete der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin sein neues Großprojekt zu Todesfällen von DDR-Bürgern an den Grenzen des ehemaligen Ostblocks. Der Forschungsverbund hatte gemeinsam mit Forschungsgruppen an den Universitäten Potsdam und Greifswald im Juni 2018 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung den Zuschlag für ein Forschungskonsortium erhalten, das mit drei Millionen Euro für vier Jahre finanziert wird.

An der FU werden gescheiterte Fluchtversuche an den Grenzen z.B. der Tschechoslowakei, Ungarns und Polens untersucht, bei denen DDR-Bürger starben. Die

Universität Greifswald recherchiert Todesfälle bei Fluchtversuchen über die Ostsee und an der Universität Potsdam geht es um die Rolle der DDR-Justiz bei der Verfolgung von Ausreisewilligen und festgenommenen Flüchtlingen.

Bilanz Heimkinderfonds in Berlin

(sve) Die Senatsverwaltung für Jugend hat Anfang Januar eine Bilanz zu den am 31. Dezember 2018 geschlossenen Entschädigungsfonds für ehemalige Heimkinder veröffentlicht. Insgesamt 72 Millionen Euro sind demnach an mehr als 5700 frühere Berliner Heimkinder geflossen, die fragwürdige Erziehungsmethoden, Zwang und Gewalt erlitten haben und in der DDR teilweise in gefängnisähnlichen Einrichtungen eingesperrt waren. Durchschnittlich wurden pro Person 9800 Euro für materielle Hilfen und 7000 Euro für Rentenersatzleistungen bezahlt. Die Antragsfristen für Fondsleistungen endeten 2014.

In Berlin erhielten ca. 1350 Betroffene Geld aus dem Fonds Heimerziehung (West) und 4370 aus dem Fonds DDR-Heimerziehung. Die Betreuung der Fonds erfolgte in Berlin durch die Anlauf- und Beratungsstelle ehemaliger Heimkinder.

Kritischer Umgang notwendig

(bsta) Die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration fand 2019 anlässlich des 100. Todestages der beiden kommunistischen Führer sowie 100 Jahre nach Gründung der KPD, dem gewaltsamen Januaraufstand und der Gründung der Weimarer Republik besondere Aufmerksamkeit. Das führte zum Teil zu unkritischen Perspektiven. „Eine Romantisierung kommunistischer Politik sowohl in der Frühphase als auch im weiteren Verlauf der Weimarer Republik muß vermieden werden“, forderte daher die Geschäftsführerin der Bundesstiftung Aufarbeitung, Dr. Anna Kaminsky.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung erinnerte am 13. Januar 2019 erneut mit einem Gedenkkranz auf dem Berliner Zentralfriedhof Friedrichsfelde an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft. Die Geschichte des Kommunismus sei untrennbar mit der Erinnerung an die begangenen Verbrechen und die Millionen Opfer verbunden.

Vormerken!

(os) Am 30. Mai 2019 jährt sich der Geburtstag des evangelischen Pfarrers Oskar Brüsewitz zum 90. Mal. Brüsewitz, der am 18.8.1976 an den Folgen einer Selbstverbrennung als Protest gegen die Unterdrückung der christlichen Erziehung in der DDR verstarb, ist als einziger Protestant aus Deutschland nach 1945 in das von EKD und Katholischer Kirche herausgegebene Buch „Zeugen einer besseren Welt. Christliche Märtyrer im 20. Jahrhundert“ aufgenommen worden.

Weder von EKD noch von der Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, war bis Redaktionsschluß zu erfahren, ob die Evangelische Kirche einen Gedenkgottesdienst plant.

Brandenburg entwickelt sich!

Landgericht Frankfurt (Oder) rehabilitiert wegen menschenverachtender Zustände im Spezialheim

Schon mehrfach hat der Autor über die Situation von DDR-Heimkindern und deren Möglichkeit einer Rehabilitation berichtet. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, daß sich die Rechtsprechung in diesem Bereich stetig weiterentwickelt, und zum anderen, weil es sehr wichtig ist, regelmäßig auf die Möglichkeiten der Rehabilitation aufmerksam zu machen.

Die Lage stellt sich derzeit wie folgt dar:

Bei der Rehabilitation von Betroffenen von Spezialheimen gibt es weiterhin große Unterschiede. Die Rechtsprechung der jeweiligen Oberlandesgerichte geht dabei weit auseinander. Welches Gericht für die Rehabilitation zuständig ist, entscheidet sich grundsätzlich danach, in welchem Land zu Zeiten der DDR der Einweisungsbeschuß getroffen worden ist. Dabei wurden die Einweisungsbeschlüsse von den zuständigen Jugendhilfen ausgesprochen. Ausnahme war der Jugendwerkhof Torgau, wo die Einweisung auf eine Anordnung des Ministeriums für Volksbildung zurückzuführen ist, weshalb dort das Landgericht Berlin zuständig ist. Wie vielen bekannt ist, werden die Insassen des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau in allen Fällen rehabilitiert.

Im übrigen stellt sich die Rehabilitierungsfähigkeit der Betroffenen von Spezialheimen (wozu insbesondere die Ju-

gendwerkhöfe zählen) schwieriger dar. Eine Rehabilitierung wurde lange Zeit grundsätzlich abgelehnt, wenn man nicht klar und deutlich nachweisen konnte, daß die Einweisung politischer Natur war. Das Brandenburgische Oberlandesgericht hatte mit Beschluß vom 27. März 2012 (Az.: 2 Ws (Reha) 28/11) als erstes Gericht auch die Unterbringungsbedingungen in seiner Entscheidung berücksichtigt. Es hieß zwar, daß hinsichtlich der Überprüfung im Rehabilitierungsverfahren grundsätzlich nur die Gründe für die Anordnung der Heimerziehung ausschlaggebend für die Rehabilitierungsentscheidung sein können, es also nicht auf die jeweiligen Bedingungen der Unterbringung im Heim ankomme. Man stellte aber klar, daß zur Feststellung, ob ein grobes Mißverhältnis zwischen dem Anlaß für die Heimerziehung und den angeordneten Konsequenzen vorliegt (§ 1 Abs. 1 Nr. 2, § 2 Abs. 1 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz), nur sachgerecht unter Berücksichtigung der Art und Weise der festgelegten Rechtsfolgen beurteilt werden kann, insoweit auch der Charakter der konkret angeordneten Heimunterbringung und die aufgrund der allgemein vorherrschenden Lebensbedingungen in den Heimen für den Betroffenen entstehenden Konsequenzen zu berücksichtigen sind. Demgemäß ist bei Einweisungen in Spezialheime der DDR, auch wenn diese nicht generell als rechtsstaatswidrig zu werten

sind, zu beachten, daß sich eine solche Maßnahme gegenüber der Anordnung von Unterbringungen in Normalheimen als für den Betroffenen deutlich belastender darstellt. Mit dieser Rechtsprechung blieb das Land Brandenburg lange allein.

Nachdem das Oberlandesgericht Naumburg gleich zweimal vom Bundesverfassungsgericht gerügt worden war, kam der Wandel.

Mit Beschluß vom 3.12.15 (Az.: 2Ws(Reh) 45/15) entschied das Oberlandesgericht Naumburg, daß die Einweisung in ein Spezialkinderheim in der Regel unverhältnismäßig ist, wenn der Betroffene sich nicht gemeingefährlich verhalten oder erhebliche Straftaten begangen hatte.

Darüber hinaus entschied das Oberlandesgericht Naumburg auch, daß diejenigen, deren Rehabilitierungsantrag abgelehnt worden war, einen Wiederaufnahmeantrag stellen können, unter Berufung auf die im Jahr 2012 erschienene Studie „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ von Prof. Wapler, Dr. Sachse und Prof. Laudien, welche gemäß § 359 Nr. 5 StPO neue Tatsachen darstellt (OLG Naumburg, Beschluß vom 19.01.2017 2 Ws (Reh) 15/16).

In den übrigen neuen Bundesländern und Berlin wollte man sich der Auffassung von Naumburg jedoch nicht anschließen. Der erfolgte Hinweis, daß dann gemäß § 13 Abs. 4 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes und § 121 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes die Pflicht bestünde, dem Bundesgerichtshof vorzulegen, wurde entweder erst gar nicht beachtet oder damit abgetan, daß es sich in Naumburg auch nur um Einzelfallentscheidungen handle. Es liegen derzeit mehrere Verfassungsbeschwerden vor, die genau diese Fragen klären sollen.

Nun hat es einen weiteren Schritt in die richtige Richtung gegeben. Das Landgericht Frankfurt (Oder) hat am 4. Oktober 2018 (41 BRH 28/16) rechtskräftig entschieden, eine Betroffene für ihre im Durchgangsheim Bad Freienwalde und dem Jugendwerkhof Burg abgesessene Zeit zu rehabilitieren. Schon im Jahr 2009 hatte die Betroffene eine Rehabilitation beantragt. Diese wurde ihr jedoch Ende 2011 vom Landgericht Frankfurt (Oder) verwehrt.

Im Sommer 2016 stellte die Betroffene unter Verweis auf die oben genannte Studie einen Wiederaufnahmeantrag,



Haupteingang des Landgerichts Frankfurt (Oder).

welcher wie beschrieben am 4. Oktober 2018 positiv beschieden wurde. Durch die zugelassene Wiederaufnahme folgte das Gericht der Entscheidung des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom 26. Oktober 2017 (2 Ws Reha 10/16), welches die Ergebnisse der Studie als Wiederaufnahmegrund bestätigte.

Die Staatsanwaltschaft hatte den Antrag noch abgelehnt und mit fadenscheinigen Äußerungen versucht, die Glaubwürdigkeit der Betroffenen zu untergraben. (Gegen den zuständigen Oberstaatsanwalt läuft derzeit eine Dienstaufsichtsbeschwerde.)

In seiner Begründung geht das Landgericht Frankfurt (Oder) aber über die Rechtsprechung des Brandenburgischen Oberlandesgerichts hinaus und folgt grundsätzlich der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts von Naumburg.

Es führt aus, daß in einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung die Unterbringung in einem Kinderheim zum Schutz und zur Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten des Kindes oder des Jugendlichen erfolgt, weil diese infolge entweder ungünstiger Familienverhältnisse oder nach dem Versterben der Eltern und man-

gels zur Aufnahme bereiter Verwandter auf die Hilfe der staatlichen Gemeinschaft angewiesen seien. Auch nach dem Recht der DDR hätte die Anordnung der Heimerziehung allein erzieherischen Zwecken und dem Kindeswohl dienen sollen. Ein sachfremder Zweck gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz sei im Umkehrschluß dann anzunehmen, wenn mit der Einweisung Menschenrechte verletzt und das Kindeswohl gefährdet wurden. Durch die neuen Erkenntnisse sei dies in Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen gegeben und daher seien die Betroffenen für die Zeit des Aufenthalts zu rehabilitieren. Davon könne aber nach Auffassung des Gerichts im Einzelfall abgewichen werden, wenn bezüglich einer Einrichtung aufgrund der festgestellten Umstände der Unterbringung tatsächlich keine Anhaltspunkte dafür bestehen, daß in dieser Einrichtung die Zerstörung der Persönlichkeit und Mißachtung der Individualität der Betroffenen bezweckt waren.

Das gleiche gelte für Durchgangsheime, so daß auch eine diesbezügliche Einweisung als grundsätzlich sachfremden Zwecken dienend anzusehen sei.

Dies hat das Landgericht Frankfurt (Oder) in einer Entscheidung vom 22. Oktober

2018 (41 BRH 14/17) auch postwendend unterstrichen. Dort führt das Gericht detailliert die Lebensbedingungen im Durchgangsheim Bad Freienwalde auf und stellt fest: „Es liegt auf der Hand, daß die herrschenden Zustände – gefängnisartige Ausstattung, mangelhafte Zustände, Aufnahme-rituale, die unzureichende pädagogische und schulische Betreuung, die Isolierung als Strafe in speziellen kargen Isolationszellen, der Ausschluß der Privatsphäre, die Strafen etc. – für den Schutz und die Förderung der Kinder und Jugendlichen keinen Platz ließen. Damit ist klar, daß die Einweisung nicht dem Wohl des Betroffenen dienlich sein konnte.“

Durch die genannten Urteile dürfen In-sassen von Spezialheimen und insbesondere von dem Durchgangsheim Bad Freienwalde durchaus davon ausgehen, wenn ihr Antrag vom Landgericht Frankfurt (Oder) behandelt wird, rehabilitiert zu werden. Zwar besteht die Möglichkeit, daß die Staatsanwaltschaft bei jedem weiteren Beschluß des Gerichts in Beschwerde geht oder das Landgericht Frankfurt (Oder) seine getätigten Entscheidungen revidiert, beides ist aber eher unwahrscheinlich.

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Anmeldefrist verlängert

(lakd) Menschen, die als Minderjährige in der Bundesrepublik bis 1975 und in der DDR bis 1990 in stationären Einrichtungen der Psychiatrie oder Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfahren, haben ein Jahr länger Zeit, sich bei der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ zu melden. Die neue Frist ist auf den **31. Dezember 2020** festgesetzt. Das beschloß die Arbeits- und Sozialkonferenz der Länder in Münster. Das Kabinett des Landes Brandenburg stimmte am 4. Dezember 2018 der Änderung zu.

Die gemeinnützige Stiftung wird gemeinsam vom Bund, von den Ländern sowie von evangelischer und katholischer Kirche getragen und besteht für den Zeitraum 2017 bis 2021. Das Land Brandenburg beteiligt sich mit rund 7,9 Millionen Euro an der Finanzierung.

„Unser Ziel ist es, möglichst viele Betroffene zu erreichen. Bisläng sind die Anmeldezahlen aber niedriger als erwartet. Es ist gut, daß Betroffene jetzt länger Zeit haben, sich bei der Stiftung Anerkennung und Hilfe anzumelden. Aufgrund

von Einschränkungen oder Belastungen haben viele von ihnen kaum Zugang zu den üblichen Informationswegen und wissen daher teilweise noch nichts von dem befristeten Hilfesystem“, sagte die Brandenburger Sozialministerin Susanna Karawanskij.

Anmelden können sich Betroffene bei der Anlauf- und Beratungsstelle in Potsdam, die sich in Trägerschaft der Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg befindet. Die Beauftragte Dr. Maria Nooke unterstrich: „Wir haben bereits über 400 Gespräche mit Betroffenen geführt und konnten an 294 Personen Hilfen im Umfang von 2,9 Millionen Euro vermitteln. Dabei wurde deutlich, welch schweres Leid und Unrecht viele von ihnen während der Unterbringung in einer psychiatrischen oder Behinderteneinrichtung erlitten. Die Folgen beeinträchtigen bis heute das Leben. Damit möglichst viele Betroffene von den Hilfen erfahren, bitte ich Institutionen, Verbände und Medien überall im Land, über die Stiftung Anerkennung und Hilfe zu informieren.“

Bei der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg haben sich bisher mehr als eintausend Männer und Frauen angemeldet. Betroffene erhalten nach Glaubhaftmachung von Leid und Unrecht und dessen Folgen eine einmalige Geldpauschale in Höhe von 9000 Euro. Mußten sie im Alter zwischen 14 und 18 Jahren in der Psychiatrie oder Behinderteneinrichtung arbeiten, können einmalig bis zu 5000 Euro gezahlt werden, wenn diese Tätigkeit nicht bei der Rente berücksichtigt wird.

Um Ansprüche geltend zu machen, müssen sich Betroffene **spätestens bis zum 31. Dezember 2020** bei der zuständigen Anlauf- und Beratungsstelle schriftlich melden.

Erreichbarkeit der Anlauf- und Beratungsstelle für das Land Brandenburg: Di, Do, Fr 9.00 bis 13.00 Uhr, Do zusätzlich 14.00 bis 17.00 Uhr

Adresse: Friedrich-Engels-Str. 92/
Am Stellwerk 1, 14473 Potsdam
Tel. (03 31) 237 292 60 Fax -66
E-Mail anerkennung.hilfe@lakd.brandenburg.de



Hacker und Überläufer

Wie aus französischen Abwehrkreisen verlautet, wurde im November in Paris ein hoher Beamter des Senats festgenommen. Er steht im dringenden Verdacht, für den Spionagedienst Nord-Koreas gearbeitet zu haben. Zwar hat Pjöngjang sein Interesse an Westeuropa während der letzten Jahre wesentlich erhöht, doch ist außer einem Spionagefall bei den internationalen Behörden in Genf nichts derartiges in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Auffällig ist, daß erstmals nach dem Korea-Krieg bei der Botschaft der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ in Bern ein Militärattaché eingesetzt wurde, der all zu großes Interesse am Scharfschützen-System der Schweizer Armee zeigte. Allgemein zugenommen haben die Hacker-Angriffe Pjöngjangs auf westeuropäische Staaten.

Trotz all der offiziellen Verständigungspropaganda Kim Jong-Uns geht der Kalte Krieg auch gegen Süd-Korea weiter. Wie von Seoul eingeräumt wurde, konnte Pjöngjang kürzlich eine verhängnisvolle Hacker-Attacke durchführen. Dabei fielen den Nordkoreanern die Namen, Geburtsdaten und heutigen Adressen von 997 Flüchtlingen aus Nord-Korea in die Hände. Dieses Wissen stellt nun ein gefährliches Material für Erpressungen der Geflohenen mit ihren im Norden zurückgelassenen Verwandten dar.

Insgesamt gelang es seit Ende des Korea-Krieges (1953) ca. 32 000 Nordkoreanern, die massiven Grenzsperrern ihres Regimes zu überwinden und Süd-Korea zu erreichen.

Wie erst Ende letzten Jahres bekannt wurde, tauchte der diplomatische Vertreter Nord-Koreas in Italien, Jo Song-Gil, mit seiner Familie bereits im November unter. Er ist der Sohn eines der ranghöchsten Kader des Kim-Regimes und konnte deshalb sogar seine Frau und die Kinder mit nach Italien nehmen. Aus Gründen der Sippenhaft ist das nur noch in Einzelfällen erlaubt, wenn Pjöngjang von der absoluten Linientreue des Reiskaders überzeugt ist. Der jetzige Vorfall war nicht der erste und wird bestimmt auch nicht der letzte sein. Ein Asylgesuch liegt bei der italienischen Regierung nicht vor, ohnehin dürfte der Diplomat längst in den USA sein.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Sieg der Gerechtigkeit

Am 10. Dezember 2018, zum 70. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, erhielt die Welt zwei frohe Botschaften. Zum einen die Ehrung der Jesidin Nadja Murat und des kongole-sischen Gynäkologen Dr. Denis Mukwege mit dem Friedensnobelpreis. Die beiden ungewöhnlich mutigen Menschen zeigen der Welt, daß es sich lohnt, für die Rechte der Opfer von sexuellem Mißbrauch und gegen dessen pervertierte Anwendung als Kriegswaffe zu kämpfen. Der Gynäkologe Denis Mukwege aus Kongo gilt seit Jahren als weltweit führender Experte für die Behandlung von Verletzungen durch Gruppenvergewaltigungen. Die 25jährige Jesidin Nadja Murat ist von der Extremisten-Miliz „Islamischer Staat“ in ihrer Heimat Irak entführt und als Sexsklavine gefoltert worden. Nachdem sie aus der Haft geflohen war, ließ sie sich in Baden-Württemberg nieder und kämpft seither als Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen dafür, die IS-Täter für ihre Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen.

Zum anderen erschien eine Nachricht in der Online Zeitung Tiêng Dân (Die

Stimme des Volkes) und Dân Lâm Báo (Bürgerzeitung) über die gerichtlich angeordnete Auflösung des sogenannten Bundesverbandes der Vietnamesen in Deutschland, einer regimemehrigen Organisation der vietnamesischen Botschaft in Deutschland. Der Name dieser Organisation ist ein unrühmlicher Etikettenschwindel. Der Journalist Linh Nhan sammelte Unterlagen vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg und berichtete, daß diese Organisation auf Grund der Verstöße gegen das Vereinsrecht und aufgrund der Insolvenzverschleppung wegen Mißbrauchs deutscher Bundesmittel im Rahmen der Förderung durch das BAMF im Projekt „Strukturförderung“ am 27. November 2018 offiziell aufgelöst wurde. Ein Antrag auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wurde abgelehnt, weil die Konkursmasse nicht einmal die Kosten des Verfahrens deckt.

Der sogenannte Bundesverband der Vietnamesen in Deutschland wurde am 22. Oktober 2011 unter der Schirmherrschaft des vietnamesischen Botschafters in Deutschland, Do Hoa Binh, und dessen Generalkonsuls in Frankfurt/M., Truong Xuan Thanh, gegründet. Nguyen Van Thoai wurde von der Botschaft als Präsident dieses Etikettenschwindels ausgewählt und sollte die einzige Vertretung aller Vietnamesen in Deutschland bei der Bundesregierung übernehmen. Dieser Zweck ist in der Verordnung des Bundesverbandes der Vietnamesen in Deutsch-

land und in der offiziellen Nachricht der Website der vietnamesischen Botschaft in Deutschland festgelegt.

Diese umstrittene Organisation provozierte die demokratischen Vietnamesen auf diversen Ebenen und war gleichzeitig eine direkte Konfrontation mit dem Bundesverband der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundesverband der vietnamesischen Flüchtlinge wurde Anfang der 80er Jahre gegründet und folgte vom ersten Tag an dem deutschen Grundgesetz. Im Jahr 1989 wurde er in der Bundesrepublik als eingetragener Verein beim Amtsgericht Frankfurt/M. registriert. Der Vorstand wird in geheimer und freier Wahl bestimmt, alle Vorstandsmitglieder arbeiten als ehrenamtliche Mitstreiter für das Gemeinwohl.

Das sind die markantesten Unterschiede der beiden Bundesverbände. Gerechtigkeit und Transparenz in der Gesellschaft sind unverzichtbar für die Entwicklung der Demokratie. Fragwürdige Machenschaften und grenzenlose Gier dürfen keinen Platz in einem sozialen Rechtsstaat haben. Der unbezwingbare Geist der Friedensnobelpreisträger und die Selbsterstörung einer betrügerischen Organisation sind ausgezeichnete Nachrichten für Menschen, die sich nach Gerechtigkeit und Frieden sehnen.

Hoang Thị My Lam

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Unschuldig um die Freiheit gebracht

Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg hat die überlebenden ehemaligen Lagerhäftlinge zu einem Empfang am 15. Oktober 2018 nach Potsdam eingeladen. Kurt Noack sprach für die Ehemaligen:

Wir erinnern heute an das Ereignis des Jahres 1948, von dem wir hinter dem Stacheldraht der von uns erlebten fürchterlichen Lager oft sprachen. Daran aber glaubten wir lange Zeit nicht mehr. Am 10. Juli 1948, also vor 70 Jahren, öffneten sich für die ersten von uns die Lagertore in Bautzen, Fünfeichen, Mühlberg, Sachsenhausen und Buchenwald. Nicht alle der hier auf Ihre Einladung, Herr Ministerpräsident, versammelten ehemaligen, damals zumeist jugendlichen Häftlinge erhielten ihre Freiheit im Juli und August 1948 wieder. In einer zweiten Aktion kamen mit der Auflösung der Lager Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen die letzten ehemaligen Internierten erst im Januar und Februar 1950 frei. Doch noch nach ihnen kehrten unsere in die Sowjetunion deportierten Lagerkameraden aus der sibirischen Zwangsarbeit in die Heimat zurück. Die letzten Internierten, mit denen wir bis 1950 die Lager erlebten, sahen nach dem Schandgericht von Waldheim erst 1956 ihre Familien wieder.

Lassen sie mich bei der Erwähnung von Waldheim wieder an Walter Jurisch erinnern. Er wurde im April 1931 in einem kleinen Dorf bei Senftenberg geboren, gerade 14 Jahre alt geworden im August 1945 verhaftet und nach Ketschendorf gebracht. Er überlebte auch Jamlitz und Buchenwald, wurde nach Waldheim transportiert und hier mit weiteren 3400 ehemaligen Internierten völlig unschuldig um seine Freiheit gebracht. Seine Straftat: Als Pimpf hat er das NS-Gewaltssystem gefördert und durch seine Zugehörigkeit zum Werwolf den Frieden des deutschen Volkes nach dem 8. Mai 1945 gefährdet. Das war die Sprache der SED-Justiz. Dafür wurde er zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Einen solchen Umgang mit Menschen haben perverse Gehirne erdacht. Aber, liebe Freunde, ein gleiches Schicksal hätte jeden von uns treffen können.

Historiker haben seit der Wende ermittelt, daß annähernd 60 000 unserer Kameraden den Tag der Entlassung nicht mehr erlebten, weit mehr als die russischen Archive zugeben. Ihre Namen finden wir heute in Stein gehauen auf dem großen

Ketschendorfer Grabfeld des Friedhofs in Halbe und in den Totenbüchern der Lager. Sie starben hilflos und elend am Hunger und seinen Folgen. Allein in den Lagern auf dem Gebiete des heutigen Berlin-Brandenburg starben in kurzer Zeit 30 000 Männer, Jugendliche und auch Frauen. Wir wußten nicht, wohin unsere Toten gebracht wurden. Nur in Ketschendorf konnten wir täglich den Umgang mit ihnen beobachten. Die Leichname unserer Kameraden wurden am Rande der Lager namenlos verscharrt. Wir gedenken ihrer heute, und wir glauben, daß nicht nur jeder Dritte sein Leben verlor, denn die Anzahl der damals in die Lager gebrachten Menschen liegt mit Sicherheit unter 180 000.

Mehrere Tausend der seit 1945 „wegen leichter Verbrechen und Vergehen“ in den Lagern Eingekerkerten erlangten 1948 ihre Freiheit wieder. Ihre Freilassung aber wurde von gehässigen Reden und Verlautbarungen der Scharfmacher des kommunistischen Regimes begleitet. Herbert Geßner, so sein Name, war befugt, am 7. April 1948 mitzuteilen, daß wir unsere Entlassung einer Amnestie zu verdanken haben und daß wir jetzt die Möglichkeit erhalten werden, unsere nächsten Angehörigen von der Tatsache unserer Verhaftung zu benachrichtigen. Dieser offiziellen Mitteilung war hinzugefügt, „daß niemand annehmen darf, daß es nunmehr weniger gefährlich sei, Agententätigkeit auszuüben oder den Aufbau einer besseren Ordnung zu sabotieren. Wer das glaubt, befände sich gewaltig im Irrtum“, so wörtlich, und „man werde ihnen in Zukunft noch schärfer auf die Finger schauen und für sie, darüber sollte sich niemand einem Zweifel hingeben, würde kein aufrichtiger Deutscher auch nur einen Finger rühren, wenn sie die gerechte Strafe ereilt.“ Ein unglaublicher Zynismus, der uns galt. Meine Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden, ich habe das „Neue Deutschland“ von damals zitiert.

Wir kennen die geschichtlichen Ursachen der Existenz der von uns überlebten Lager an der westlichen Peripherie des GULag-Systems. Weil Hitler den von ihm mit Krieg überzogenen Völkern unvorstellbares Leid zufügte und nach Moskau griff, kam Stalin nach Berlin. „Die Russen kommen!“ Ein Satz, so tief eingegraben im Gedächtnis der Mehrheit unseres Volkes, daß es damals für immer ausgeschlossen schien,

ihn niemals anders als als Schreckenssatz zu empfinden.

Heute kennen wir auch die Regelungen der Siegermächte über die Personengruppen, die in die Internierungslager der Alliierten zu verbringen waren. Die sowjetische Siegermacht hatte bereits vollendete Tatsachen geschaffen und Zehntausende in die Lager gebracht, bevor der Alliierte Kontrollrat sein Gesetz Nr. 10 beschloß und seine Direktive 38 formulierte. Die in der sowjetischen Besatzungszone festgesetzten Personen waren rechtlos. Ohne sich verantworten zu können, wurden sie ihrer Freiheit beraubt, in Lagern isoliert und zu Zehntausenden um ihr Leben gebracht.

Wir kennen heute auch die zugänglich gewordenen Dokumente, in denen die NKWD-Leute ein Lügenbild aufgebaut haben. Einem streng geheimen Bericht des NKWD-Generalobersten Serow vom

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 2., 9., 16. und 23. Februar sowie am 2. und 9. März, 14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“, Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Nikolaikirche

22. Juni 1945 an seinen Innenminister L.P. Berija in Moskau ist zu entnehmen, daß bei den bis dahin verhafteten Werwolf-Angehörigen 17 schwere und leichte Maschinengewehre, 135 Gewehre, 320 Granaten, 68 Panzerfaustgeschosse und viel Munition sichergestellt wurden. Wir wissen, daß Verhaftungen jugendlicher Werwölfe bis zum Jahresende 1945 andauerten und folglich weitere Berichte nach Moskau gesandt wurden.

Noch aber sind jene da, die im Alter von 15 und 16 Jahren schuldlos hinter Stacheldraht und Gitter gingen, für andere sühnten, überlebten und jetzt sprechen können. Wir freuen uns, auch die Wende noch erlebt zu haben und Ihrer Einladung zu diesem Empfang, Herr Ministerpräsident, heute nachkommen konnten. Schließlich sehen wir in Ihrer Einladung nach den Jahrzehnten des Schweigens im eigenen Lande die Zuwendung maßgeblicher Politiker unseres Landes zu dem von unserer Generation erlebten dunklen Kapitel der unmittelbaren Nachkriegszeit im Osten Deutschlands.



Subtiler Terror

Die „geräuschlose“ Ausschaltung politischer Gegner

Von Carola Schulze

Am 5. Dezember 2018 fand mit großer Besucherresonanz die Veranstaltung „Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit – Auswirkungen und verwehrt Entschädigung heute“ in Kooperation der UOKG mit der BStU statt. Finanziell gefördert wurde die Veranstaltung durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

In ihren Begrüßungsworten schilderten sowohl Roland Jahn, Bundesbeauftragter

ge religiöser Minderheiten wie Zeugen Jehovas, Antragsteller auf Ausreise, als „feindlich-negativ“ eingestufte Künstler und unangepasste Jugendliche vor.

Aber die Staatssicherheit wandte Zersetzungsmaßnahmen nicht nur auf dem Boden der DDR an, sondern auch in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Hierbei standen als zu „bearbeitende“ Gegner ehemalige DDR-Bürger, die sich negativ über die DDR äußerten, westliche Journalisten, die durch kritische DDR-Berichterstattung hervortraten, Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Osteuropa-Institute oder Mitarbeiter westlicher Geheimdienste im Fadenkreuz des MfS.

Angesichts der Tatsache, daß sich die Anzahl der von Zersetzungsmaßnahmen Betroffenen derzeit nicht beziffern läßt, forderte Pingel-Schliemann, die BStU-Forschungsabtei-

lung müsse dahingehend für belastbare Zahlen sorgen.

Als Formen der Zersetzung führte die MfS-Richtlinie 1/76 beispielsweise an: systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen, Erzeugung von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen, Gruppierungen und Organisationen. Mittel und Methoden der Zersetzung unterlagen dabei jedoch keiner verbindlichen Beschränkung. Es fanden Eingriffe ins Intimleben statt, man täuschte außereheliche Kontakte durch die „Verwendung anonymer Briefe, Telegramme, Telefonanrufe, kompromittierender Fotos“ vor, verbreitete Gerüchte, entfremdete Kinder ihren Eltern, brach in Wohnungen ein.

Das MfS blieb als Verursacher geheim, wirkte auch mit Partnern des gesellschaftlichen Lebens wie Lehrern oder Betriebs-

direktoren zusammen und konnte so eine umfassende Wirkung erzielen.

Sandra Pingel-Schliemann erläuterte, daß vor Beginn der Zersetzungsmaßnahmen zunächst eine detaillierte Aufklärung der Person durch die Staatssicherheit stattfand, um deren Schwachpunkte herauszufinden, z.B. Geltungsbedürfnis, Medikamentenabhängigkeit oder andere Süchte. Auf dieser Grundlage konnten Zersetzungsmaßnahmen ihre persönlichkeitsorientierte Gewalt dann besonders zerstörerisch entfalten.

An der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Golm entwickelte der Bereich Operative Psychologie gezielt Pläne zur Zersetzung. Wie mit den Folgen der Zersetzungsmaßnahmen umgegangen wurde, hing von der persönlichen Widerstandskraft der Betroffenen ab.

Die Auswirkungen von Zersetzungsmaßnahmen schilderte Pingel-Schliemann exemplarisch anhand des Schicksals von Karin Ritter, die als Mitbegründerin der Gruppe „Frauen für den Frieden“ vom MfS verfolgt wurde, Vorladungen und Verhören standhielt und dann Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt war. In Zusammenarbeit mit dem behandelnden Arzt nahm das MfS Einblick in ihre Krankenakte und erhielt so Kenntnis von einer psychischen Erkrankung. Durch IM am Arbeitsplatz wurde Ritters berufliche Reputation vernichtet, man nahm Manipulationen in ihrer Wohnung vor und setzte das Gerücht in Umlauf, ihre engste Freundin sei IM. Zersetzungsmaßnahmen können durch Realitätsdiffusion Psychosen auslösen, und so kam es auch bei Karin Ritter zur Verschlimmerung ihrer psychischen Erkrankung. 1990 beging sie Selbstmord.

Zersetzungsmaßnahmen als Repressionsmaßnahmen „unterhalb der Haft“ sind laut Pingel-Schliemann als Ausdruck der Anpassung von Herrschaftsinstrumenten an „neue Klassenkampfbedingungen“ nach dem Amtsantritt von Erich Honecker zu verstehen. Gegenüber dem Westen sollte durch solche „lautlosen Maßnahmen“ der Anschein von Rechtsstaatlichkeit in der DDR erweckt werden.

Pingel-Schliemann kritisierte, daß die SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Zersetzungsoffer bisher nicht ausreichend berücksichtigen. Seit der Veröffentlichung ihres Buches „Zersetzen. Strategie einer Diktatur“ 2002 tritt sie daher für die Rehabilitierung der Zersetzungsoffer und die Zuerkennung einer Kapitalentschädi-



Große Besucherresonanz bei der Veranstaltung über Zersetzungsmaßnahmen des MfS, am Pult Sandra Pingel-Schliemann.

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, als auch Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender, eigenes Betroffensein: Das MfS versuchte, durch Diffamierungen das Verhältnis Jahns zu seinen Eltern zu unterminieren. Dombrowski bekannte, der Blick in die eigenen Stasi-Akten sei mit Gefühlen der Angst verbunden.

Die Politikwissenschaftlerin Dr. Sandra Pingel-Schliemann beschrieb im sich anschließenden Impulsreferat Zersetzung als verdeckte, lautlose Repressionsmethode des MfS. Die durch Zersetzung ausgelösten Probleme, die zu Lebenskrisen verbunden mit psychischen Belastungen führen konnten, sollten den Betroffenen jeglichen zeitlichen und kräftemäßigen Freiraum für politischen Widerstand entziehen. Die dabei vom MfS anzuwendenden Mittel definierte die Richtlinie 1/76 „zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“. Man ging zum Beispiel gegen evangelische Kirchenkreise, Oppositionsgruppen, Angehörige

gung ein. Der Gesetzgeber reagiere aber nicht auf die zum Thema vorliegenden Forschungsergebnisse und den Fakt, daß Zersetzung eine grundlegende Verfolgungsstrategie in der DDR darstellte.

Die Annahme der Existenz von Zersetzungsmaßnahmen dürfe nicht nur davon abhängig gemacht werden, ob ein nach 1976, dem Jahr des Inkrafttretens der MfS-Richtlinie 1/76, angelegter Operativer Vorgang (OV) vorhanden sei.

Abschließend verwies Pingel-Schliemann darauf, Zersetzungsoffer registrierten, daß es den Peinigern von einst gut gehe. Die bestehende Schiefelage zwischen Tätern und Opfern müsse beseitigt werden.

Dem Impulsreferat schloß sich eine von der Journalistin Isabel Fannrich-Lautenschläger moderierte Podiumsdiskussion an. Einer der Teilnehmer war Historiker und Autor Dr. Martin Morgner, der in der DDR als Bausoldat diente und wegen seiner pazifistischen Haltung und dem Engagement in der Künstlergemeinschaft Mecklenburg über den Zeitraum von 15 Jahren politischer Verfolgung mit Zersetzungsmaßnahmen ausgesetzt war. Das MfS erfaßte ihn in fünf Operativen Vorgängen (OV). Die Zersetzungsmaßnahmen griffen die persönliche Identität an. So beschrieb Morgner, der ganze Mensch sollte vereinnahmt werden, angegriffen wurden das Denken und die Emotionen. Er litt unter Verfolgungsattacken, Anzeichen von Schizophrenie und schrieb als Bewältigungsversuch wie rasend, wechselte Orte, Arbeitsstellen und Beziehungen. Morgner trug einige Passagen aus seinem Text „Zusammensetzung des Zersetzten“ vor. Das Studium der Neueren Geschichte, das er absolviert hatte, ordnete Morgner als seinen Weg zur Aufarbeitung des Geschehenen ein.

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender und Vizepräsident des Brandenburger Landtages, sagte, nach politischer Haft und Freikauf seien in West-Berlin 16 IM auf ihn angesetzt gewesen. Er, der sich in der Internationalen Gesellschaft für Frieden und Menschenrechte (IGFM) engagierte, war sich zwar der ständigen Überwachung durch das MfS in West-Berlin bewußt, nicht jedoch des Ausmaßes und der Formen der gegen ihn zur Anwendung gebrachten Maßnahmen. Das MfS ließ seine Unterschrift fälschen, betrieb Rufschädigung im beruflichen, politischen und privaten Raum. Er mußte unter Polizeischutz gestellt werden, weil das MfS Anschläge auf ihn plante.

Die Zeit der Verfolgung in West-Berlin habe sich hinsichtlich der seelischen Belastung stärker auf ihn ausgewirkt als die politische Haft, bilanzierte Dieter Dombrowski.

Stefanie Knorr, Psychologin und Mitarbeiterin der Beratungsstelle „Gegenwind“ für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur, erläuterte, daß Zersetzungsmaßnahmen einen tiefgreifenden und anhaltenden Eingriff in die Persönlichkeit darstellten. Das Selbstwirksamkeitserleben verringere sich, depressiv-vermeidendes Verhalten und Frustrationserleben träten auf. Es könne zu somatoformen Auswirkungen (körperliche Beschwerden, die nicht auf organischen Erkrankungen beruhen) und infolge der psychovegetativen Komponente zu Kreislaufkrankungen kommen. Ein sich steigendes Selbstwahrnehmungsfühl stehe im Zusammenhang mit dem Empfinden anhaltender Verfolgung. Weiter führte Stefanie Knorr aus, daß den Betroffenen Artikulation oft nicht möglich sei, ein psychotisches Verhalten gezeigt werde und Geschehnisse in manchen Fällen bis in die Gegenwart als von außen manipuliert wahrgenommen würden. Mißtrauen überschattete zwischenmenschliche Beziehungen und den Kontakt zu ärztlichen Helfern.

Petra Morawe, LAKD Brandenburg, Bürgerberaterin und Referentin für Rehabilitation und Entschädigung, erinnerte daran, daß Zersetzungsoffer verwaltungsrechtlich rehabilitiert werden könnten, daraus jedoch keine Leistungen resultierten und sich somit eine Gerechtigkeitslücke ergebe. Anfang der 1990er Jahre, als man das 2. Unrechtsbereinigungsgesetz ausgestaltete, sei Zersetzung – die Verfolgung von Menschen mit psychologischen Methoden – bekannt gewesen. Das Gesetz verblieb bis in die Gegenwart auf dem damaligen Stand. Die verwaltungsrechtliche Rehabilitation werde vollzogen, wenn „ein Bündel von Zersetzungsmaßnahmen zu gesundheitlichen Schädigungen geführt haben kann“.

In Rehabilitierungsbehörden begegne jedoch die Position, ein Anlaß für eine Erkrankung wäre nicht gegeben, weil das

MfS im Geheimen arbeitete und die Betroffenen in Unkenntnis darüber blieben, was mit ihnen geschah. Diese Form von Vermittlungsproblem und ein Mangel an Vorstellungskraft bei Behördenmitarbeitern zeigten die Notwendigkeit von Fortbildungen an, wie sie u.a. von der LAKD Brandenburg angeboten würden.

Petra Morawe übte auch Kritik am derzeitigen Prozedere bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden. Betroffene, die erkrankt seien, fänden kaum die Kraft, ein solches Antragsverfahren zu durchlaufen. Es drohe sogar eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes, wenn sie sich dem aussetzten. Bundesweit erhielten momentan nur 113 Personen, die verwaltungsrechtlich reha-



In der Diskussion: (v.l.) Martin Morgner, Dieter Dombrowski, Isabel Fannrich-Lautenschläger, Stefanie Knorr und Petra Morawe.

bilitiert sind, eine Beschädigtenversorgung.

Angesichts dieser Situation ist die vom Bundesrat verabschiedete „Entschließung zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze“ (Bundesrat, Drucksache 316/18 Beschluß) von besonderer Bedeutung, denn sie enthält auch die Forderung nach verstetigten Ausgleichsleistungen für Zersetzungsoffer.

Bundespräsident Steinmeier habe bei einem Treffen mit Vertretern verschiedener Opfergruppen angekündigt, er werde sich dafür einsetzen, die Bundesratsinitiative voranzubringen, informierte Dieter Dombrowski.

Martin Morgner regte im Hinblick auf die Anerkennung von Gesundheitsschäden die schnellstmögliche Einrichtung eines Gutachterrates an, in dem auch Historiker und Psychologen mitwirken sollten. 

„Unfaßbar gut“ oder Schließung notwendig?

Ausstellung in Rostock löst Kontroverse aus

Die Kunsthalle Rostock zeigt aktuell die Ausstellung „Motiv Mensch – Willi Sitte und Fritz Cremer im Dialog“. Zu sehen sind hauptsächlich Arbeiten aus dem Frühwerk der als Staatskünstler der DDR wahrgenommenen Männer. 60 Gemälde Sittes werden in Beziehung gesetzt zu Skulpturen von Cremer. Die für Sitte so charakteristischen wie bei vielen be-

„Außerdem zeigen wir die Kunst, nicht die Künstler“, sagt der Kunsthallenchef.

Dr. Fred Mrotzek, Zeithistoriker und Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus Mecklenburg-Vorpommern, widerspricht und fordert die Schließung der Ausstellung: „Sitte war glühender Kommunist und Mitglied des Zentralkomitees der SED. Man darf ihn nicht auf sein Frühwerk reduzieren. Man muß dieses einordnen in den Gesamtzusammenhang der DDR-Geschichte. Würde man Arno Brekers Frühwerk losgelöst von dem zeigen, was er von 1933 bis 1945 gemacht hat, wäre das zu Recht ein Skandal.“ Auch das Argument, Sitte sei überzeugter Antifaschist gewesen, sieht Mrotzek kritisch: „Der Antifaschismus Sittes war kommunistischer Antifaschismus. Kommunistischer Antifaschismus überhöhte die Opfer der KPD. Alle anderen Opfer des Nationalsozialismus – auch Juden – waren Opfer zweiter Klasse. Kommunisten und Nationalsozialisten machten auch gemeinsame Sache gegen die Weimarer Republik.“ Mrotzek nennt weitere Aspekte, die wichtig seien, um beide Künstler richtig einzuordnen. Sie würden in der Ausstellung jedoch nicht benannt: „Man muß auch sehen, wie sich Sitte nach dem Mauerfall verhalten hat. Welche Einstellung hatte er zur parlamentarischen Demokratie? Noch 2009 nahm Sitte den sogenannten Menschenrechtspreis der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde an. Diese gilt als Nostalgieverein früherer SED- und Stasi-Mitglieder. Fritz Cremer trat in der Hochphase des Stalinismus in die KPD ein. Auch er war privilegierter Künstler in der DDR.“

Als profunder Kenner der DDR-Kunst gilt der Kunsthistoriker und Kunstkritiker Dr. Eckhart Gillen. Er sieht sowohl bei Cremer als auch bei Sitte Ambivalenzen in den Biographien: „Fritz Cremer suchte nach seiner Wunschbiographie als Antifaschist. In der NS-Zeit war er auffällig oft in der Villa Massimo. Dennoch war er

immer ein streitbarer Künstler mit einem eigenen Kopf. Er war immer hin- und hergerissen zwischen Loyalität zur Partei und Kritik an der reaktionären Kunstpolitik der DDR. Willi Sitte war von Hause aus Kommunist. Er trat nicht aus Opportunismus in die Partei ein. Bis zu seinem Selbstmordversuch und der ‚Selbstkritik‘ 1963 [gemeint ist das stalinistische Ritual der Selbstbezeichnung als Abweicher, von Sitte praktiziert im „Neuen Deutschland“; Anm. d. Verf.] stand er unter massivem Druck der Partei. Er war in den 1950er Jahren Anhänger der Moderne. Also auch er schwankt zwischen Loyalität (aus Überzeugung) und dem Festhalten an der Moderne in der Malerei. Nach 1964 macht er Karriere und wird zum Staatskünstler.“ Gillen meint in Bezug auf die Rostocker Ausstellung: „Man sollte die Ambivalenzen bei beiden Künstlern kritisch offenlegen, mit abschließenden Urteilen aber vorsichtig sein.“

Sowohl Kunsthallenchef Neumann als auch der Historiker Mrotzek sehen die Notwendigkeit eines Diskurses. Neumann verweist in diesem Zusammenhang auf Gespräche mit mehreren Betroffenen der SED-Diktatur, die wohlwollend auf die Ausstellung reagiert hätten: „Es besteht ein großer Wunsch vieler, über diese Zeit zu reden und sich auszutauschen.“ Mrotzek betont ebenso, daß eine Diskussion stattfinden muß. „Ansonsten kommen wir in der Aufarbeitung nicht weiter.“ Gelegenheit, die unterschiedlichen Positionen auszutauschen, soll es laut Neumann noch während der Dauer der Ausstellung geben. Eine Diskussionsrunde (bzw. ein Symposium), zu der auch Betroffene eingeladen werden sollen, sei von seiten des Museums geplant.

Die Ausstellung „Motiv Mensch – Willi Sitte und Fritz Cremer im Dialog“ ist noch bis zum 10. März 2019 in der Kunsthalle Rostock, Hamburger Straße 40 in 18069 Rostock zu sehen.

Jörg Plath



Willi Sitte: Pferd mit Schlange, 1957, Öl auf Sperrholz (©VG Bild-Kunst, Bonn 2018).

rüchtigten Propagandabilder im Stile des „sozialistischen Barocks“ sind nicht ausgestellt. Die Skulpturen Cremers sind in der Mehrzahl unpolitisch und entgegen seinen späteren Werken teilweise sehr fein und filigran ausgeführt. Was in der Ausstellung fehlt, sind explizite und dazu exponiert angebrachte Hinweise auf die Verstrickungen beider Künstler ins SED-Regime. Dies ist auch in Bezug auf den Bildungsauftrag, den Häuser wie die Kunsthalle Rostock haben, fatal.

Bereits im Vorfeld der Eröffnung der Exposition gab es kontroverse Diskussionen. Gefragt wurde in der regionalen Presse, ob man „das zeigen kann“, in der Bild-Zeitung wurde gar die Schließung der Schau gefordert. Kunsthallendirektor Dr. Jörg-Uwe Neumann hat eine eindeutige Meinung: „Willi Sitte ist einer der wichtigsten Künstler der Nachkriegsgeschichte und zeigte eine deutliche antifaschistische Haltung, die auch auf die heutige Zeit noch übertragbar ist.“ Und: „All die Bilder und Skulpturen haben ein humanistisches Menschenbild und sind einfach unfaßbar gut.“



Fritz Cremer: Liegender Akt (Christa), 1956, Bronze (Nachlaß Fritz Cremer, Berlin, ©VG Bild-Kunst, Bonn 2018).

Fotos: Galerie Schwind Leipzig

Gedenktafeln erinnern an die Opfer der DDR

Am Deutschen Eck in Koblenz wurden am 8. November 2018 unmittelbar neben den drei markant-mahnenden Teilstücken der Berliner Mauer Informationstafeln enthüllt, die an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft der DDR erinnern und damit auch an die tragischen Todesopfer im früheren deutsch-deutschen Grenzkonflikt – jetzt kann man sich über die Zeit vor dem Zusammenbruch der DDR informieren.

Am 29. Jahrestag des Mauerfalls ist die Mauer bereits länger weg gewesen, als sie stand und ein Volk mit allen Mitteln trennte. Die Berliner Mauer war ein bedeutendes Zeugnis der Teilung Deutschlands und ganz Europas im Kalten Krieg. Sie trennte Freunde, Liebende und Familien. Viele starben bei dem Versuch, in die Freiheit zu gelangen. Etliche, die blieben, litten unter Repressalien in der DDR.

Die Idee zu den Tafeln bei den Mauersteinen am Peter-Altmeier-Ufer beim Deutschen Eck kam von mir und meinem Mann Thomas. Wir sind ehemalige politische Gefangene und leben seit 1985 in Koblenz. Zuvor wohnten wir in Jena und versuchten, eine Ausreisegenehmigung für uns und unseren Sohn zu bekommen. Mehrmals wurde dies abgelehnt. Dann endlich hatten wir den sogenannten Laufzettel in der Hand – die Ausreisegenehmigung in den Westen. Zwei Tage später um 5 Uhr morgens weckte uns die Staatssicherheit. Wir mußten unseren Sohn zur Großmutter bringen und wurden mitgenommen. Unser Laufzettel galt als ungültig. Mein Mann und ich wissen ein Lied von den Ungerechtigkeiten des DDR-Systems zu singen. Die Staatssicherheit verbrachte uns sieben Monate in verschiedene Stasi-Gefängnisse. Der willkürliche Vorwurf: „versuchte Republikflucht und ungesetzliche Verbindungsaufnahmen“.

Als Regionalbeauftragte der UOKG sagte ich in meiner Eröffnungsrede: „Mit diesen Schriftpulven soll an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in der DDR erinnert werden. Deutschland ist in Freiheit wiedervereinigt. Doch die totalitäre kommunistische Vergangenheit darf nicht in Vergessenheit geraten, insbesondere nicht die vielen Menschen, die aufgrund von Haft und Verfolgung gelitten haben, die enteignet, verschleppt und seelisch gebrochen worden sind oder gar den Tod fanden. An diese Frauen, Männer und Kinder müssen wir erinnern. Es

geht uns nicht um Bestrafung, es geht um die Opfer und ihre Geschichten.“

Bei der Enthüllung war auch Roland Jahn dabei, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. „Freiheit und Einheit sind keine Selbstverständlichkeiten, sondern eine Errungenschaft“, sagte er. Daß Menschen in Deutschland lange Zeit unter anderen Umständen leben mußten, daran erinnerten die Gedenktafeln. Er beschrieb die drei Mauersteine als Symbole für Menschenleben – unvergessen: der damals 18jährige Peter Fechter, der 1962, ein Jahr nach Beginn des Mauerbaus, vom Regime angeschossen wurde und den man an der Mauer verbluten ließ.

Der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz, David Langner, rang angesichts seiner Fassungslosigkeit über das damals Geschehene nach passenden Worten und warnte gleichzeitig vor möglichen Parallelen in der heutigen Zeit.

Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender, wünschte sich, daß zum 30. Jahrestag der deutschen Einheit alle Rehabilitierungs- und Wiedergutmachungsentscheidungen geregelt sind und in Berlin endlich ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft errichtet wird, damit auch die SED-Opfer ungeteilt an der Freude über unser vereintes Land teilhaben können.

Über fünf Jahre engagierten wir uns ehrenamtlich für diese Lesepulte. In Kooperation mit der UOKG sowie einer finanziellen Förderung durch die Ostbeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin a.D. Iris Glicke, konnten die Schriftpulte hergestellt werden. Ein Konzept wurde erarbeitet, ein Antrag auf Genehmigung eingereicht. Nach der Regierungsbildung im Frühjahr 2018 wurden die nötigen Gelder bewilligt. Texte wurden geschrieben, gekürzt, wieder gekürzt und in englische Sprache

übersetzt, Bildrechte erworben, Schriftpulte an der Castorkirche vermessen, eine Firma gefunden, die die Schriftpulte produzierte, Kostenvoranschläge, Genehmigungen und Angebote verglichen. Ein Designer wurde gefunden, der uns tatkräftig unterstützte.

Großer Dank geht auch an den Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen, der uns die Schriftpulte kostenfrei aufstellte. Nicht an dem Platz wo wir uns das vorgestellt haben, nämlich vor den Mauersteinen, sondern leicht seitlich versetzt – allerdings in direkter Sichtbeziehung. Durchdacht sind die Tafeln auch: Im Falle von Hochwasser können sie vom städtischen Fachpersonal entfernt werden. Mein ganz besonderer Dank gilt Dr. Christian Sachse, dem wissenschaftlichen Mitarbeiter der UOKG.

Die wichtigste Zielgruppe sind Besucher und Spaziergänger der Stadt. Das Deutsche Eck wird täglich von Hunderten Touristen besucht. Zu besonderen Feierlichkeiten, etwa wenn das Land Rheinland-Pfalz wieder den Tag der Deutschen Einheit auszurichten hat, werden die beiden Gedenktafeln mit Fotos, Fakten und Geschichten eine eigenständige Rolle spielen. Denkbar ist aber auch ein Anknüpfungspunkt im Bereich



(v.l.) Dieter Dombrowski, Roland Jahn, Elke Schlegel und David Langner nach Enthüllung der Schriftpulte.

der politischen Bildung von Schülerinnen und Schülern. Wir sind besonders stolz, daß es nun einen Erinnerungsort in Koblenz gibt, der an die SED-Diktatur erinnert und der Information vor allem junger Menschen dient.

Elke Schlegel

Erneuter Anschlag auf Hristo Hristov

Am 2. Januar 2019 wurde in der bulgarischen Hauptstadt Sofia der Pkw von Hristo Hristov, den er vor seinem Wohnblock parkte, von Unbekannten schwer beschädigt. Hristov forscht und publiziert seit mehr als 25 Jahren über die Aktivitäten des bulgarischen Geheimdienstes in der Zeit des Kommunismus.

Internationale Anerkennung hat er sich mit seinen Enthüllungen über die Hintergründe der Entführungen und Tötung von bulgarischen Emigranten durch den bulgarischen Geheimdienst erworben. Für seine Recherchen zu der als „Regenschirmmord“ bekannten Tötung des bulgarischen Schriftstellers und oppositionellen Georgi Markow erhielt er den Preis für investigativen Journalismus der Guardian Foundation.

Hristo Hristov wurde 2014 vom Europäischen Parlament mit dem Bürgerpreis Europas ausgezeichnet. Bei seinen Recherchen zur Ermordung von Markow wurde dreimal bei ihm eingebrochen. 2006 erhielt er mehrfach anonyme Morddrohungen mit dem Hinweis, er solle seine öffentlichen Auftritte für die Offenlegung von Namen der Mitarbeiter des bulgarischen Geheimdienstes einstellen. 2013 erhielt er Todesdrohungen gegen sich und seine Familie. Damals wurden an seinem Fahrzeug alle vier Räder zerstochen. Im selben Jahr wurde ein Hackerangriff auf eine von ihm organisierte Onlineplattform verübt.

Auf der Webseite von Desebg.com publiziert Hristo Hristov fast täglich Zeugnisse des bulgarischen Geheimdienstes, dessen

Zusammenarbeit mit anderen Geheimdiensten des ehemaligen Warschauer Pakts oder die Untersuchungsergebnisse von Überprüfungen ehemaliger Mitarbeiter des bulgarischen Geheimdienstes in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern.

Zuletzt berichtete er über aufgefundene Archivunterlagen zu fehlerhaften sowjetischen Transporten für das bulgarische Atomkraftwerk in Kosloduj 1989.

Hristo Hristov teilte in einer öffentlichen Erklärung am 4. Januar 2019 mit, er sei überzeugt, daß mittels des Anschlages Druck auf ihn ausgeübt werden sollte, um ihn psychisch einzuschüchtern und materiell zu schädigen. Dem Druck wolle er sich aber nicht beugen.

Ulf Georgiew

Baubeginn für Sanierungsmaßnahmen

In der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Stasi in Rostock – heute eine Dokumentations- und Gedenkstätte – haben umfangreiche Sanierungsmaßnahmen begonnen. Nach einem mehrjährigen Planungsverfahren war Anfang Dezember 2018 Baubeginn.

Der Gebäudekomplex, zu dem die Dokumentations- und Gedenkstätte gehört, wurde zwischen 1958 und 1960 errichtet. In ihm befand sich bis 1989 die Bezirksverwaltung Rostock des MfS. Der bauliche Zustand des denkmalgeschützten Bereiches der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt mache eine Grundsanierung erforderlich, teilte der für das Bauvorhaben verantwortliche Betrieb für Bau und Liegenschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern (BBL M-V) mit. Geplant sind Baumaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 3,6 Millionen Euro, die unter Berücksichtigung denkmalpflegerischer Belange ausgeführt werden sollen. Der Charakter der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt soll dabei möglichst authentisch erhalten bleiben, so Christian Hofmann, Pressesprecher des BBL M-V. „Im günstigsten Fall sieht man nach Beendigung der Arbeiten nicht, daß wir dort tätig waren“, sagte er. Eine wesentliche Änderung wird es allerdings in der fußläufigen Erschließung des Gebäudes geben. Der Haupteingang wird von der Südfassade in die Westfassade verlegt, angrenzend an den neu zu schaf-

fenden öffentlichen Fußweg „Grüner Weg“. Erreicht werden soll dadurch eine bessere Wahrnehmung der Gedenkstätte in der Öffentlichkeit.

Zu den umfangreichen Sanierungs- und Baumaßnahmen in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt gehören die Schaffung von Flucht- und Rettungswegen, der Einbau einer Alarmanlage, die Erneuerung der Sanitär-, Heizungs- und Elektroanlagen im sogenannten Kopfbau, die Erneuerung der Dachdeckung und die Wiederherstellung der Außenanlagen im Innenhof. Es ist beabsichtigt, bei auftretenden Hinweisen auf bauliche Erweiterungen, z. B. eine Bunkeranlage, diese in das Projektmanagement mit aufzunehmen. Hintergrund dafür sind Berichte eines Zeitzeugen.

Bisher haben sich allerdings trotz umfangreicher Recherchen und Untersuchungen keine konkreten Anhaltspunkte für das Vorhandensein eines solchen Bauwerkes gefunden. Der

Abschluß der Sanierungsarbeiten an der Dokumentations- und Gedenkstätte ist für Juli 2020 geplant.

Jörg Plath

Dokumentation überreicht



Dr. Christian Fuchs (r.), Präsident der Inter-Asso, überreichte dem rumänischen Botschafter Emil Hurezeanu beim Empfang am 28. November 2018 anlässlich des rumänischen Nationalfeiertages die Dokumentation der Inter-Asso-Kongresse von 1991 bis 2016.

Bleibende Verunsicherung

(st) Seit längerem ist die DDR-Repressionsmethode der „Zersetzung“ Forschungsgegenstand, dennoch ist erst im Herbst letzten Jahres vom Bundesrat eine Entschließung verabschiedet worden, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, nach Wegen zu suchen, um auch Opfern von Zersetzungsmaßnahmen den Zugang zu Entschädigungsleistungen zu ermöglichen.

Warum so spät? Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei wahrscheinlich das Perfidie der Methode. Kein Täter tritt in Erscheinung, weder die Vertreter von Polizei noch von Staatssicherheit bauen sich drohend auf, nein, der Alltag fängt an zu erodieren. Ausbildung, Beruf, Privatleben funktionieren plötzlich nicht mehr richtig. Der Betroffene wird durch scheinbar schicksalhafte Schläge aus der Bahn geworfen. Mißerfolge, Beziehungskrisen aller Art und Zweifel an der eigenen geistigen Gesundheit stellen sich ein, Leben und Persönlichkeit werden – zersetzt. Das Grundvertrauen wird nachhaltig zerstört. Die Opfer kämpfen mit den Folgen zum Teil lebenslang. Seit 1976 ist diese Methode fester Bestandteil der geheimdienstlichen Arbeit in der DDR unterhalb der Ebene strafrechtlicher Verfolgung gewesen.

Am 11. Januar 2019 wurde im Stasimuseum in Berlin-Lichtenberg die Wanderausstellung „Zersetzung: Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“ in Kooperation von Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V. und Stasimuseum/ASTAK e.V. eröffnet. Zur Begrüßung sagte Dieter Dombrowski, UOKG-Bundesvorsitzender und einst selber Ziel von Zersetzung, die Opfer von Zersetzungsmaßnahmen hätten zwar gewußt, daß sie unter Beobachtung stünden, das ungeheure Ausmaß aber sei erst nach 1989 klar geworden. „Eine Verunsicherung, die in den Menschen drin ist und die bleibt.“ Auch hinsichtlich dieses Themas seien die politischen Mandatsträger völlig ahnungslos. Die Betroffenen wollten nicht bedauert werden, sondern, wie z.B. mit dieser Ausstellung, aufklären.

Dem schloß sich auch Jörg Drieselmann, Leiter des Stasimuseums, an. Die Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte müsse in Gang gehalten werden. Beschäftigung mit Geschichte sei immer auch Beschäftigung mit Tagespolitik. Das Thema Zersetzung gerade jetzt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu rücken, sei wichtig. Die Beschreibung von

Zersetzung gestalte sich viel schwieriger, als einen Haftaufenthalt darzustellen. Im Stasimuseum befasse man sich mit der Perspektive der Verfolger, so Driesel-

mann, es sei wichtig, „einen Blick in den Maschinenraum der Diktatur zu werfen“. Deshalb sei diese Sonderausstellung für das Stasimuseum ein Perspektivwechsel gewesen.

Die Ausstellungstafeln wurden vom Stasimuseum durch einige Vitrinen ergänzt, in denen Gegenstände zu sehen sind, die das MfS im Zusammenhang mit Zersetzung anwendete, z.B. Einbruchs- und Überwachungstechnik.

Die Ausstellung der „Denkstätte Teehaus Trebbow e.V.“, kuratiert von Dr. Sandra Pingel-Schliemann, ist noch bis zum 15. März 2019 zu sehen im Stasimuseum, Haus 1, 3. Etage, Ruschestr. 103, 10365 Berlin.



Ausstellungstafel über Folgen der Zersetzung.

Fotos: N. Radlitz

Opfervertreter trafen Bundespräsidenten

(bb) Am 29. November 2018 empfing der Bundespräsident eine Gruppe von Opfern und Opfervertretern von SED und SBZ.

Neben dem UOKG-Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski waren Carla Ottmann (inhaftierte Frauen und verfolgte Schüler), Joachim Krüger (Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen),

Sibylle Dreher (deportierte Frauen), Rainer Buchwald (VOS), Sybille Krägel (NKWD-Lager Tost), Inge Bennewitz (Zwangsaussiedlungen und verfolgte Studenten), Dr. Christian Sachse (DDR-Heimkinder und Zwangsarbeit), Katrin Behr (Zwangsadoptionen) und Dr. Jürgen Holdefleiß (Betroffene von Rentenunrecht) sowie Benjamin Baum-

gart von der UOKG-Geschäftsstelle bei dem Gespräch dabei. Der Bundespräsident hörte sich sehr interessiert und betroffen die vielen verschiedenen Themen an, die die jeweiligen Repräsentanten vortrugen, und versicherte, sich nach seinen Möglichkeiten dafür einzusetzen, daß die Themen ihren Weg in die Politik finden.



Foto: Benjamin Baumgart

(V.l.) Christian Sachse, Katrin Behr, Joachim Krüger, Sibylle Dreher, Inge Bennewitz, Dieter Dombrowski, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Carola Ottmann, Sybille Krägel, Jürgen Holdefleiß und Rainer Buchwald im Schloß Bellevue.

Spendenaufwurf

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

in diesem Jahr jähren sich zum 30. Mal der Fall der Mauer sowie der Sturz des kommunistischen Regimes, und im nächsten Jahr feiern wir 30 Jahre deutsche Einheit. Viele Menschen glauben, damit wäre alles gut und ein Blick zurück sei nicht nötig. Ist es aber doch, meine ich, denn das Wissen um die Instrumente der SED-Diktatur muß nicht nur erhalten, sondern vertieft werden, um deutlich zu machen, daß Demokratie kein Selbstläufer ist.

Unsere Wanderausstellung „Mauern. Gitter. Stacheldraht“ ist im ganzen Land sehr gefragt und wird immer durch unseren Beauftragten Alexander W. Bauersfeld begleitet. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat uns ab diesem Jahr die Zuwendungen für Projekte erheblich gekürzt. Davon betroffen ist ganz konkret auch unsere Wan-

derausstellung, die wir ohne die Unterstützung der Bundesstiftung nur noch in Einzelfällen mit Eigenmitteln ins Land schicken können.

Ich möchte Sie bitten zu prüfen, ob Sie unsere staatsbürgerliche Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die sehr notwendig ist, mit einer Spende unterstützen können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dieter Dombrowski, MdL, UOKG-Bundesvorsitzender

UOKG-Spendenkonto: UOKG e.V.

IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00 – BIC: DEUTDE33

Verwendungszweck: Spende Bildungsarbeit

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanzverwaltung, c/o Theo Mittrup, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin. Bitte eigene Adresse angeben!)

Auf DVD erschienen

(VT) Der Film „Kolyma“ von Stanislaw Mucha ist auf DVD und VoD (Video-on-Demand) erschienen. Mit diesem Dokumentarfilm unternimmt Mucha einen waghalsigen Roadtrip entlang der 2000 Kilometer langen Kolyma-Straße von Magadan bis nach Jakutsk, der kältesten Großstadt der Welt. Angeregt durch die Erlebnisse seines Großvaters, entdeckt er Spuren der Geschichte: die des Gulag, der Arbeitslager und der Überbleibsel einer fiebrigen Goldsuche. Wie lebt es

sich heute in dieser unwirtlichen Gegend, wo Millionen Häftlinge ihr Leben ließen? Kann man hier leben, lachen und glücklich sein? Muchas Begegnungen mit überraschend offenen Menschen ergeben das lebendige Porträt einer Region – immer im Schatten der Vergangenheit, die dort unwiderruflich festgefroren zu sein scheint. 

Erweiterte Öffnungszeiten

(gb) Die Gedenkstätte Bautzen hat ihre Öffnungszeiten dauerhaft erweitert. Die ehemalige Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II hat von nun an täglich zwischen 10.00 und 18.00 Uhr geöffnet, freitags bis 20.00 Uhr. Kostenfreie öffentliche Führungen finden freitags 17.00 Uhr, sonnabends, sonntags und an Feiertagen 11.00 und 14.00 Uhr statt. An jedem zweiten Wochenende im Monat führen

Zeitzeugen durch den historischen Ort und die Ausstellungen.

Für dieses Jahr sind wieder mehrere Veranstaltungen und Ausstellungseröffnungen geplant, bei denen unter anderem an die Friedliche Revolution vor 30 Jahren erinnert wird. 

Abschied

Günther Eschricht

Das Leben des Oberamtsrates Günther Eschricht hat sich vollendet. Er starb am 1. Dezember 2018 im Seniorenheim des Evangelischen Johannesstiftes Sunpark Berlin-Neukölln im Alter von 95 Jahren. Günther Eschricht war ein Lagerkamerad der Gefangenen aus dem Workuta-Komplex, die wie er in die Hände der sowjetischen Geheimdienste geraten waren, er wurde auf der Grundlage russischer Gesetze nach 1990 einschränkungslos rehabilitiert.

Meine Recherchen über unsere Heimatstadt Dahme führten zu einer Gruppe von meist jungen Männern, die wenige Jahre nach Kriegsende abgeholt worden waren.

Ich nahm Kontakt mit Günther Eschrichts Familie in Berlin auf. Kurz vor meinem Besuch hatten sich dort zwei lange vermißte Audio-Kassetten wieder angefundnen, auf denen man Günther Eschrichts Leben nachhören konnte. Das war ein Glücksfall für die Familie und für mich als „Historiker aus Leidenschaft“.

„Hallo, hier spricht der Opa“, leitet Günther das Diktat für seine amerikanischen Enkel ein. Er berichtet ganz neutral, ohne Pathos, ohne Haß und Häme über sein Leben vom Kriegsende an. Denunziert, abgeholt, vom Sowjetischen Militärtribunal in der Potsdamer Lindenstraße wegen angeblicher Spionage und Gruppenbildung zu 25 Jahren Arbeits- und Straflager mit verschärften Bedingungen – „Stalins Norm“ – verurteilt. Dann folgten seine Lagererlebnisse bis zu seiner Entlassung im Oktober 1955 in die DDR, die Flucht der

Familie schon Weihnachten des gleichen Jahres nach dem Westen und sein dortiger Neuanfang. Vier lange Jahre hatte seine junge Familie nicht gewußt, ob er noch unter den Lebenden war. Nach anfänglichem Abraumkarren im Bergbau bei sibirischer Kälte war Günther Eschrichts nächste Station das Lager 10, Schacht 29, der berühmte Schacht, der im Sommer 1953 zum Ausgangspunkt eines blutig niedergeschlagenen Aufstandes der Häftlinge wurde.

Als ein E-Lok-Fahrer für Flach-Loks, die aus den USA stammten, gesucht wurde, zeigte er Interesse. Auf einem unterirdisch verlegten Gleisnetz wurden Kohle und Abraum auf 40 bis 50 an die Lok angekoppelten Waggons transportiert. Allerdings war das Lokfahren nicht ohne Risiko. Kurz vor Weihnachten 1954 erlitt Günther Eschricht einen schweren Arbeitsunfall. Ein entgegenkommender Zug



Foto: Archiv Familie Eschricht

Günther Eschricht kurz vor der Entlassung, Swertlowsk 1955.

beachtete Eschrichts Vorfahrt nicht und kollidierte mit seinem Zug. Dabei wurde sein rechter Unterschenkel zerschmettert. „Nach langwierigem Heilungsprozeß lief Günther Eschricht noch aufrechter als zuvor, allerdings mit einem merkwürdigen Gang, der an die Haltung älterer Offiziere aus vergangenen preußischen Perioden erinnerte. So haben wir ihn ‚gedelt‘ und nannten ihn fortan Graf Eschricht“, schrieb sein langjähriger Lagerkamerad und Freund Heini Fritsche.

Am 5. Dezember 1955 begann mit einem der letzten Transporte Günther Eschrichts Heimfahrt. Drei Wochen später, direkt zu Weihnachten, war er endlich wieder zu Hause in Dahme.

Es bleibt, Günther Eschrichts langes erfülltes Leben zu würdigen. Alle folgenden Jahre nach seiner Zeit im Lager waren glückliche gemeinsame Jahre mit der in den USA lebenden Familie. In seinen letzten Lebensjahren allein, ohne die fürsorgliche Liebe seiner Ehefrau Liesbeth, hatte Tochter Ilona für seine Geborgenheit im Alter liebevoll vorgesorgt, dankbar für das Vertrauen auf den Schutz seines Lebensweges bis zu seinem friedlichen Hinübergleiten in die Ewigkeit.

Wilhelm K.H. Schmidt

Harald-Jürgen Freyberger

Am 6. Dezember 2018 verstarb der Universitätsprofessor für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin und Leiter der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Hanseklinikums Stralsund, Prof. Dr. Harald-Jürgen Freyberger, plötzlich im Alter von 61 Jahren.

Als Wegbereiter der universitären Forschung zu den psychosozialen Folgen der diktatorischen Vergangenheit vor allem im nordostdeutschen Raum widmete er sich mit beharrlichem Engagement über 20 Jahre theoretisch und praktisch die-

sem Themenfeld. Er hinterläßt eine große Lücke in der universitären Forschungslandschaft und in der psychosozialen Versorgung der Menschen, die unter den Folgen der SED-Diktatur leiden.

Stefanie Knorr

Felicitas Sawade

Der Verein „Kindheit hinter Stacheldraht“ trauert um Felicitas Sawade, die nach langer Krankheit am 12. Januar verstorben ist. Felicitas wurde im Lager Sachsenhausen geboren. Ihre Mutter Betty Burger badete gerade ihren einjährigen Sohn, als sie 1945 aus der Wohnung ihrer Eltern in Berlin-Neukölln abgeholt und nach Sachsenhausen gebracht wurde. Hier war sie bis 1950 ohne ein Urteil inhaftiert. Bei der



Foto: Privat

Felicitas Sawade, 1999.

Auflösung des Lagers 1950 wurden beide entlassen und lebten in West-Berlin.

Ihr Vater war Leiter der Lagerschusterei und ein russischer Kriegsgefangener, der nach der „Befreiung“ als Vaterlandsverräter in Sachsenhausen inhaftiert war. Er bekannte sich zu seiner Tochter und wurde kurze Zeit später in die Sowjetunion verlegt. 2001 gelang es uns über die Militärstaatsanwaltschaft, erste Informationen über ihn zu erhalten, doch war er da schon verstorben.

Obwohl ihre frühe Kindheit von den Folgen der frühkindlichen Haft überschattet war und sie lange an Krankheiten, Ängsten und Alpträumen litt, ging sie ihren Weg und fand ihre Freiheit später auf dem Wasser, auf eigenem Kiel und auf Schiffen aller Arten auf vielen Meeren. Ihr Motto war bis zum Schluß: „Eine Palme biegt sich im Wind, aber sie bricht nicht“.

Alex Latotzky

Rolf-Dietrich Keil

Wir trauern um Prof. Dr. Dr. h.c. Rolf-Dietrich Keil, geboren 1923, der am 17. Dezember 2018 in Bad Nauheim verstor-

ben ist. Wer war Rolf-Dietrich Keil? Für die Wissenschaft ein begnadeter Slawist, der Puschkin, Pasternak, Turgenjew, Lotman und Zwetajewa aus dem Russischen ins Deutsche übersetzte, Studien über Puschkin und Gogol verfaßte, die russischen Verben einordnete und neu klassifizierte, Sonette von Shakespeare zweisprachig aus dem Englischen übertrug, Hafis' Gedichte aus dem Diwan aus dem Persischen übersetzte und einen wichtigen Teil seiner schöpferischen Arbeit der Leitung und Weiterentwicklung der Deutschen Puschkin-Gesellschaft widmete.

Für uns Soldaten war der Regierungsdirektor Dr. Keil als Leiter der Lehrabteilung Ost der Sprachenschule der Bundeswehr eine Säule der Ostsprachenaus- und Weiterbildung. Er formte und führte das Institut zu internationaler Bedeutung, bevor er als Studienprofessor an der Universität Bonn wirkte.

Die größte Herausforderung indessen hatte der soeben zum Dr. phil. Promovierte in den Jahren 1955 und 1956 zu bestehen: 1955 berief ihn Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in seinen Beraterstab zur Vorbereitung der deutsch-sowjetischen Gespräche zur Heimholung der letzten deutschen politischen und Kriegsgefangenen aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern und Zuchthäusern. Die „Moskauer Verhandlungen“ fanden vom 8. bis zum 14. September statt. Sie standen mehrfach vor dem Scheitern. Die sowjetische Partei- und Regierungsdelegation („...wir haben keine Kriegsgefangenen mehr; es sind nur mehr gesichts- und ehrlose faschistische Bestien in unserem Gewahrsam...“) verhandelte hart bis zur persönlichen Beleidigung mit dem knallharten Bundeskanzler und seinen beiden Dolmetschern. Dr. Keil sagte zu mir in einem persönlichen Gespräch: „Da wurden Vokabeln seitens der Russen verwendet, wie ich sie kaum während meiner Kriegsgefangenschaft gehört, schon gar nicht selber gesagt habe. Aber der Kanzler blieb knochenhart, und Prof. Braun (erster Dolmetscher) und ich übersetzten den Russen manches unfeine Wort.“

Wie wir heute wissen, waren die Verhandlungen erfolgreich, und Dr. Keil, der die letzten entscheidenden Streitgespräche Adenauer—Bulganin dolmetschte, hat zu diesem Erfolg an wichtiger Stelle beigetragen. Die deutschen politischen und Kriegsgefangenen werden ihren Fürsprecher niemals vergessen.

Mike Müller-Hellwig

Honeckers Zuchthaus Brandenburg-Görden

Ein Buch von mehr als 1000 Seiten über den politischen Strafvollzug der DDR, dargestellt am Beispiel des Zuchthauses Brandenburg-Görden, läßt erwarten, daß entweder das Haftwesen des SED-Staates in ganzer Breite dargestellt wird oder aber das Zuchthaus Brandenburg-Görden mit einer Fülle von Details (die außer Historikern allerdings kaum jemanden interessieren). Das hier zu rezensierende Buch stellt einen Mittelweg dar. Es bietet einerseits für den interessierten Laien wie für den Fachhistoriker zahlreiche Einzelheiten zu „Brandenburg“, andererseits aber auch eher allgemeine Informationen über das Gefängniswesen der DDR.

Letzteres gerät in „Honeckers Zuchthaus“ von Tobias Wunschik nicht unbedingt zum Vorteil. Denn die für das Gefängnis-

wesen allgemeinen Informationen sind im wesentlichen schon bereits durch andere Literatur, z. B. K.W. Fricke, bekannt. So erscheint das gut recherchierte und erfreulich lesbare Buch unnötig dick und damit auch unnötig teuer.

Der Titel des Buches enthält das Wort „Zuchthaus“ – einen Begriff, den die SED seit 1968 für ihre Strafanstalten nicht mehr verwendete. Fortan war von Strafvollzugsanstalten bzw. SV-Einrichtungen die Rede, gelegentlich

von Gefängnissen. Auch sprach die Partei nicht von „Häftlingen“, sondern von „Strafgefangenen“. Ein Sachverhalt, der für die ehemals Betroffenen wie für Historiker unerheblich ist bzw. sein sollte.

Tobias Wunschik vermeidet es, MfS-Fachsprache zu verwenden, lieber bedient er sich z. B. der Gänsefüßchen: ...und „bearbeitete“ die beiden daher „operativ“ (z. B. S. 625). Auch fällt auf, daß er Empathie für die ehemals Verfolgten empfindet, was bei einem wissenschaftlichen Werk einerseits nicht selbstverständlich, andererseits in gewissem Maße aber auch

wünschenswert und erfreulich ist. Für einen Ende der 60er Jahre geborenen und im Westen sozialisierten Autor ist dies als besonders positiv hervorzuheben.

Einige Anmerkungen zu den konkreten Inhalten des Buches: auf der einen Seite Begriff des politischen Häftlings, Haftbedingungen, Workuta-Häftlinge, Waldheim-Verurteilte usw., auf der anderen Seite „Gefängnispersonal, Kripo, Stasi und Strafvollzug sowie Häftlings-IM“. Für wissenschaftliche Nutzer des Buches sind deshalb das Decknamen- und das Personenverzeichnis von besonderem Wert.

Sehr konkret wird das Buch im Hinblick auf eine Reihe von ausgewählten Brandenburg-Häftlingen. Der Fall des Michael Gartenschläger, um dessen Freikauf lange verhandelt wurde, wird ins Bild gesetzt. Die enormen Risiken, die er für seine politischen Überzeugungen in Kauf nahm, werden verdeutlicht. 1976, bei einem Treffen von ehemaligen DDR-Häftlingen mit Gartenschläger in Berlin, redete der Gastgeber Dr. Rainer Hildebrandt auf Gartenschläger ein wie auf ein störrisches Kind. Er solle davon absehen, einen weiteren Todesautomaten SM 70 abzumontieren. Es half alles nichts, wenige Stunden später wurde Gartenschläger bei einem erneuten Versuch von MfS-Leuten erschossen.

Auch wird der Fall des Josef Kneifel beschrieben. Als die Sowjets in Afghanistan einmarschierten, demonstrierte er dagegen, indem er ein Panzerdenkmal in Karl-Marx-Stadt (heute wieder Chemnitz) mit einer Sprengladung beschädigte. Der Operative Vorgang „Panzer“ war für das MfS von ähnlicher Brisanz wie etwa der Widerstandsfall Sabine Popp im Vogtland. Kneifel gelang es während seiner Haft, Briefe an das Innerdeutsche Ministerium zu schicken. Dadurch war seine gesundheitliche Situation im Westen bekannt.

Neben freiheitswilligen Demokraten und Kriminellen waren in Brandenburg Rechtsextremisten und Linksextremisten eingesperrt. Am Beispiel eines Vertreters der KPD/ML („Sektion DDR“) werden Zersetzungsmaßnahmen (zum Beispiel das Gerücht, er sei ein Spitzel unter den Gefangenen) illustriert. Der Fall war 1982 in der Stasi-Hierarchie so hoch angesiedelt, daß General Neiber damit befaßt war. Sein beauftragter Untergebener Oberst

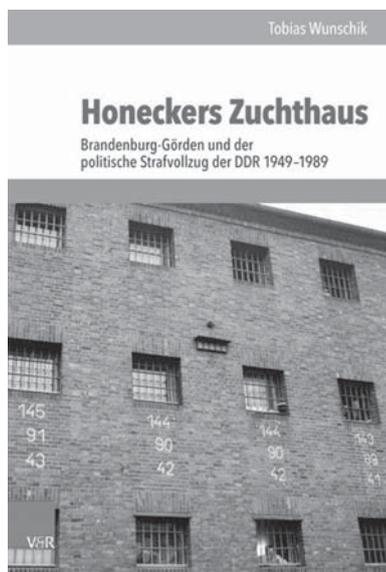
Harry Dahl war im übrigen der Führungsoffizier von IM „Günter Frank“, einem im Westteil von Berlin lebenden ehemaligen DDR-Häftling, welcher den ehemaligen Cottbus-Häftling Bernd Moldenhauer tötete. Auch war Dahl „Betreuer“ von Inge Viett, der bekannten RAF-Terroristin.

Andere Fallbeispiele zeigen die Vielgestaltigkeit insbesondere der MfS- und Polizeispitzel innerhalb der Häftlingsgesellschaft im Zuchthaus Brandenburg, so etwa den 1902 geborenen Otto Ball, der schon für die Gestapo seine Haftkameraden bespitzelte.

In manchen Haftsachen zeigt sich das Problem der Definition des Politischen Häftlings. Wenn etwa jemand ein Auto stiehlt, ein Kind kidnappt und sich zusammen mit dem Kind bei versuchtem Grenzdurchbruch dem Kugelhagel der Grenzwächter aussetzt, ist die Gewichtung des Politischen nicht unproblematisch. Auch unabhängig davon, daß die MPi-Schützen den mehrfachen Tötungsfall billigend in Kauf zu nehmen bereit waren. Der Fall des Brandenburg-Häftlings Rainer B. hätte wegen der bemerkenswerten juristischen Komplikationen, vor allem nach 1989, gut in das Buch gepaßt. Rainer B. war kein Spitzel, er war zweifellos kriminell. Aber war er, weil er „abhauen“ wollte, auch ein politischer Häftling?

Das Buch enthält Fallbeschreibungen von Anwerbungen in der Haft zum Zwecke des Einschleusens in die Bundesrepublik, zum Beispiel IM „Klaus Köhler“, IM „Peter Taucher“. Sie sollten ehemalige DDR-Bewohner, die sich politisch betätigen, überwachen. Leider lehrt die Erfahrung, daß sich das aktive Interesse ehemaliger Häftlinge an diesem Sachverhalt in engen Grenzen hält.

Einer der schlimmsten Spitzel unter den Gefangenen im Zuchthaus Brandenburg soll nach Aussage von Häftlingen ein Mann mit dem Decknamen „Rainer Borgmann“ gewesen sein. Die Anfangsbuchstaben dieses Decknamens sind im übrigen nicht ganz zufällig gewählt. Im Buch wird er nur am Rande mit seinem Decknamen genannt. „Borgmann“ gegenüber schienen die Stasi-Leute hoch und heilig versprochen zu haben, daß seine Akte als geheimer Informator bzw. IM des MfS vernichtet oder zumindest un auffindbar sei. Tatsächlich erbrachte eine erste Recherche in der Akten-Behörde vor



Tobias Wunschik: *Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949-1989*, Vandenhoeck&Ruprecht 2018, 1017 S., 72,- €

Veranstaltungen

5.2. (Di), 16.00 Uhr:

Rundgang „**Stasi intern**“ – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, öffentliche Führung; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Treffpunkt Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

5.2. (Di), 18.00 Uhr:

Musik in den sowjetischen Speziallagern, Vortrag mit Musik von Anna Barbara Kastelewicz, Violinistin, Konzertmeisterin u. Musikwissenschaftlerin; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

6.2. (Mi), 13.00–17.00 Uhr:

Bürgerberatung „**Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?**“ Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Societät Rostock maritim (ehemaliges Schiffahrtsmuseum), August-Bebel-Str. 1, 18055 Rostock

6.2. (Mi), 17.00 Uhr:

Revolution unter Beobachtung. Die „Rapport-Berichte“ der Stasi im Jahr 1989, Führung und Lesung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Neubrandenburg; Ort: Außenstelle Neubrandenburg, Neustrelitzer Str. 120, 17033 Neubrandenburg

9./10.2. (Sa/So), 11.00 und 14.00 Uhr:

Zeitzeugenführung mit Manfred Matthies in der Gedenkstätte Bautzen; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen; Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen

11.2. (Mo), 15.00 Uhr:

Einblick ins Geheime. Ausstellungsbegleitung mit Blick ins Archiv; Veranstaltung d. BStU; Ort: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

11.2. (Mo), 18.15 Uhr:

Freund und Feind. Die Geburt von Rußlandverständnis und Bolschewistenfurcht in der Weimarer Republik; öffentliche Ringvorlesung mit Claudia Weber, Frankfurt/O., in der Reihe „Weimars Wirkung. Das Nachleben der ersten deutschen Republik“; Veranstaltung d. Lehrstuhls für Neueste und Zeitgeschichte der Humboldtuniversität zu Berlin u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

12.2. (Di), 14.00–19.00 Uhr:

Beobachten. Verfolgen. Zersetzen. **Das Wirken der Stasi in Müllrose**, Bürgerberatung und Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O. u.a.; Ort: Rathaus Müllrose, Markt 5, 15299 Müllrose

13.2. (Mi), 18.15 Uhr:

Roter Strom. Das Kernkraftwerk Rheinsberg 1957–1990, wiss. Kollo-

Jahren das Ergebnis, daß ausschließlich eine Opferakte vorläge. Diese „Opferakte“ aber, und das war an der Art der Registratur nicht zu erkennen, barg alles, was zu einer IM-Akte gehörte. Er wirkte von 1957 bis 1974 für das MfS. Eine der vielen Aufgaben dieses Spitzels war das „Aushorchen der Widerstandsgruppe Mühlenhaupt“ im Zuchthaus Brandenburg. Er selbst kam 1955 in der DDR in Haft. „Borgmann“ hielt nach 1989/90 Vorträge mit dem schönen Titel: „Aufarbeitung in Sachlichkeit, ohne Haß und Rache“. Eine Formulierung, die vermutlich aus Angst vor seinen Opfern als Stasi-Zuträger im Knast und außerhalb geboren wurde.

Es sei noch der Blick auf die vielen anderen Haftanstalten mit politischen Gefangenen in der DDR erlaubt. Zumindest Bautzen I, Hoheneck, Waldheim und Bützow sowie die Stasi-Untersuchungshaftanstalt Karl-Marx-Stadt und das zen-

trale Haftkrankenhaus Meusdorf sollten wissenschaftlich ähnlich wie Brandenburg bearbeitet werden. Für Zeitgeschichtler gibt es dahingehend noch viel zu tun. Der guten Lesbarkeit wegen ist zu wünschen, daß weitere Autoren sich im großen und ganzen auf die Spezifika der jeweiligen Haftanstalt beschränken. Darüber hinausgehende Darstellungen dürften eher den Charakter einer Dissertation oder einer Habilitationsschrift haben.

Wunschik jedenfalls zeigt sich in seinem soliden, streckenweise sogar spannenden Werk allen Anforderungen an treffend erzählte Geschichte gewachsen. Für Wissenschaftler ist es ebenso ertragreich, wie es dem interessierten Laien (und dem Rezensenten) den Eindruck vermittelt, Brandenburg dürfe nicht die einzige Haftanstalt der DDR sein, die in wissenschaftlicher Form beschrieben wird.

Bernd Lippmann

Vergessene Kinder

Was geschieht mit der Seele eines zweijährigen Kindes, das eines frühen Morgens miterlebt, wie fremde, gewalttätig wirkende Menschen in die ansonsten behütete Wohnung eindringen, die Eltern zwingen, in bereitstehende Autos zu steigen und schließlich mit ihnen davonfahren? Die Mutter beugt sich noch kurz zu dem Jungen herunter und flüstert ihm ins Ohr: „Ich gehe dir was Schönes kaufen, bin bald zurück.“ – Das Zurückkommen dauerte 18 Monate. Danach war die Mutter nicht mehr dieselbe.

Sicher bedeutete es für ein junges Mädchen eine Erleichterung, wenn es nach dem „Verschwinden“ der Mutter beim Vater leben durfte. Doch wie wirkte sich das Schweigen des Vaters über das Schicksal der Mutter auf die Weltsicht der Heranwachsenden aus? „Ich wußte über ein Jahr nicht, wo meine Mama ist“, sagt die Zeitzeugin heute. Die Rückkehr der Mutter war verbunden mit der Übersiedlung in den Westen, also dem Verlust des gesamten sozialen Umfeldes.

Im November 2017 befaßte sich ein Kongreß der UOKG mit den Nachkommen politisch Verfolgter. Zwei Wissenschaftlerinnen, Dr. Maya Böhm und Prof. Heide Glaesmer von der Universität Leipzig stellten ihre Forschungsergebnisse vor. Deutlich wurde neben traumatischen Schädigungen, daß durch derar-

tige Ereignisse vielfach die innerfamiliäre Kommunikation gestört wird. Kinder wagen es oftmals nicht, ihre Eltern auf diese Ereignisse anzusprechen, weil sie diese nicht an die Schrecken erinnern wollen. Eltern sprechen nicht mit ihren Kindern, weil sie unsicher sind, was sie in ihnen auslösen.

Beide Wissenschaftlerinnen berichten vom „Schweigepakt“ in solchen Familien, der auch aus anderen historischen Bereichen bekannt ist: Überlebende der Bombennächte, des Holocaust oder von Terroranschlägen zeigen ein ähnliches Verhalten und ähnliche Verhaltensbilder. Ein Schweigepakt hinterläßt tiefe Spuren.

Diese Erfahrungswelten wurden während des Kongresses in Gesprächen mit Müttern und ihren Kindern vertieft. Die Dokumentarfilmerin Alexandra Pohl- >>



Die Broschüre ist kostenlos erhältlich bei der UOKG-Geschäftsstelle, Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 93-51, Fax -40, E-Mail info@uokg.de



meier berichtete von ihren Erfahrungen mit Zeitzuginnen. Nach der Vorführung des Films „Jeder schweigt von etwas anderem“ schilderte Anne Gollin ihre Erfahrungen mit ihrem Sohn und ihren Eltern.

Die Dokumentation des Kongresses umfaßt nicht nur die Referate, sondern

alle Gespräche und Diskussionsbeiträge, so daß eine lebendige und berührende Broschüre entstanden ist, die hoffentlich dazu beiträgt, die „vergessenen Kinder“ wieder ins historische Bewußtsein zu rücken.

Christian Sachse

In bewegten Zeiten

Das Leben Eberhard Hoffmanns war bewegt. Der 1928 Geborene stellte in seinem vorliegenden Zeitzugbericht fest, daß er bis heute in vier unterschiedlichen Gesellschaftssystemen gelebt hat. Gibt es ein Rezept dafür, wie man all diese Wendungen, auch zum Schlimmeren, übersteht? Vielleicht waren es vor allem Anstand und auch Mut, die ihn durch viele Fährnisse leiteten.

Mit zehn Jahren wurde er in seinem Heimatort Burgstädt/Sachsen in die Organisation „Jungvolk“ aufgenommen. Dies und das Tragen einer Uniform waren für ihn damals besondere Erlebnisse. Es folgte die Aufnahme in die Hitlerjugend und am Ende des Krieges genau ein Tag als Soldat. Der Glaube an den Endsieg hatte 1944 erste Risse erhalten.

In amerikanische Kriegsgefangenschaft gekommen, wird er im Juni 1945 entlassen und ist Anfang Juli wieder zu Hause. Der 17-Jährige beginnt eine Lehre und wird bald unter „Werwolfverdacht“ von Deutschen abgeholt, die ihn an die russische Besatzungsmacht übergeben. Sein Weg führt, wie viele andere Jugendliche seiner Generation – allein 15 aus Burgstädt – in die Speziallager der sowjetischen Besatzungszone. Im Lager Mühlberg lernt er Hunger, Kälte, Enge, katastrophale hygienische Verhältnisse kennen, erlebt Krankheiten und den Tod Tausender Mitge-

fangener. Als sich im Laufe der Jahre die Anordnungen zur Beschäftigungslosigkeit etwas lockern, entsteht in Mühlberg auf Veranlassung der russischen Bewacher ein Lagertheater, das auch Häftlingen offensteht. „So wurde einerseits gehungert und massenweise gestorben, andererseits im Theater eine künstliche und heile Welt imaginiert. Größere Kontraste konnte es nicht geben.“

1947 werden die Häftlinge auf Arbeitsfähigkeit untersucht, denn Stalin braucht Nachschub für die Sowjetunion. Von den ca. 12 000 Häftlingen in Mühlberg erfüllen noch knapp 4580 diese Kriterien. Als 1948 eine erste große Entlassungswelle einsetzt, ist Hoffmann nicht dabei, er kommt auf Transport nach Buchenwald. Überzeugend schildert er die willkürliche Auswahl, die das Schicksal des einzelnen bestimmt.

Im Februar 1950 ist es auch für Eberhard Hoffmann soweit, er wird in die DDR entlassen. Er arbeitet als Maurerschüler, qualifiziert sich zum Facharbeiter, Gesellen, Maurermeister, Lehrausbilder und schließlich Bauingenieur. Wahrscheinlich hätte er noch weiterkommen können, aber er hat zwei unumstößliche Prinzipien: in keine Partei einzutreten und nicht für das MfS zu arbeiten.

Es ist dies nicht die erste Zeitzugbeschreibung des Lebens in Speziallagern der SBZ/DDR. Aber es ist ein seltener Erzählton. Fast lakonisch, immer um objektive Beurteilung bemüht, ohne Haß, unaufgeregt, dennoch warmherzig. Wenn der Autor seiner Erinnerung nicht ganz traut, vermerkt er das. Erfreulich auch, daß das Buch sehr gut ausgestattet und sorgfältig lektoriert worden ist. Es wird ergänzt durch zahlreiche Bilder und einen kleinen Dokumentenanhang am Ende.

Ausgesprochen lesenswert.

Gertrud Röder



.....
 Eberhard Hoffmann: *verführt. verfolgt. verdrängt. Bilanz eines deutschen Lebens*, hg. v. IG Lager Mühlberg 2017, 122 S.; Bezug über Initiativegruppe Lager Mühlberg e.V., Postfach 11 02, 04929 Mühlberg/Elbe, Tel. (03 53 42) 874 8-7, Fax -8, E-Mail Lager-Muehlberg@t-online.de

Veranstaltungen

quium, Ref. Sebastian Stude, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Veranstaltung d. BStU, Abteilung Bildung und Forschung; Ort: BStU, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, Foyer Haus 31, 10178 Berlin

15.2. (Fr), 11.00 Uhr:

Das Stasi-Unterlagen-Archiv am historischen Ort. Gelände- und Ausstellungsbegleitung; Veranstaltung: BStU; Ort: Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie, Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin

19.2. (Di), 16.00 Uhr:

Rundgang **„Stasi intern“** – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, öffentliche Führung; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Treffpunkt Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

19.2. (Di), 18.00 Uhr:

„Ihr könnt mich umbringen“. Fluchtversuch aus dem Jugendwerkhof Torgau, Nathalie Nad-Abonji, Schweizer Journalistin, stellt ihre Hörfunkreihe vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

19.2. (Di), 19.00 Uhr:

„Sprechende Bilder“ Vernissage; Veranstaltung der Stiftung Berliner Mauer; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

21.2. (Do), 19.00 Uhr:

Antisemitismus in der DDR, Buchvorstellung mit Wolfgang Benz, Clemens Escher, Christian Gaubert u. Esther Sattig, Mod. Angelika Königseder; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

26.2. (Di), 16.00 Uhr:

Geschichte lesen. **Überwacher Amateurfunk**, Führung und Lesung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Suhl; Ort: Außenstelle Suhl, Weidbergstr. 34, 98527 Suhl

26.2. (Di), 16.00 Uhr:

Rundgang **„Stasi intern“** – Hinter den Kulissen der „Runden Ecke“, öffentliche Führung; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig e.V.; Ort: Treffpunkt Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.2. (Mi), 14.00 Uhr:

Heilende Wunden. Wege der Aufarbeitung politischer Traumatisierung in der DDR, Vortrag u. Lieder von und mit Dr. Karl-Heinz Bomberg; Veranstaltung d. DRK Klinik Berlin u.a.; Ort: DRK Klinik Berlin, Wiegmann Klinik, Haus 11, Raum 302, Spandauer Damm 130, 14050 Berlin



27.2. (Mi), 17.00 Uhr:

Einer Diktatur auf der Spur. Führung durch den einstigen Sitz der Staatssicherheit in Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

28.2. (Do), 14.00–19.00 Uhr:

Beobachten. Verfolgen. Zersetzen. **Das Wirken der Stasi in Jüterbog,** Bürgerberatung und Vortrag; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O. u.a.; Ort: Kulturquartier Jüterbog/Mönchenkloster, Mönchenkirchplatz 4, 14913 Jüterbog

3.3. (So), 11.00–17.00 Uhr:

Sonntagsöffnung, 15.00 Uhr: **Mythos Schwedt.** DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinäreinheit aus dem Blick der Staatssicherheit, Lesung und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Frankfurt/O.; Ort: Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O.

4.3. (Mo), 17.00 Uhr:

Unterwegs im Archiv. Führung und Bürgerberatung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg; Ort: Außenstelle Magdeburg, Georg-Kaiser-Str. 7, 39116 Magdeburg

5.3. (Di), 18.00 Uhr:

„Staatssicherheit in Nordhausen“, Dr. Hanna Labrenz-Weiß, wissenschaftliche Mitarbeiterin BStU, und Joachim Heise, Zeitzeuge u. Autor, Thüringen, referieren zu ihrer Dokumentation; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

5.3. (Di), 18.00 Uhr:

Literatur im Geheimen. Unterdrückte Schriftsteller in der DDR und ihre Werke, Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Museum für Kommunikation Berlin, Leipziger Str. 16, 10117 Berlin

6.3. (Mi), 17.00 Uhr:

Aufgegriffen. Geschichten aus den Stasi-Akten, Lesung und Gespräch; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Hermann-Drechsler-Str. 1, Haus 3, 07548 Gera

*

Wegen der großen Nachfrage wurde die Ausstellung **„70 Jahre ‚Jahr der Heimkehr‘ – 20 Jahre Ausstellung ‚Willkommen in der Heimat‘“** in der Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“, Collegienstr. 10, 15230 Frankfurt/O. bis zum 31. März 2019 verlängert.

Vertreibungen im Kommunismus

(VT) Der Sammelband enthält Beiträge internationaler Autoren, die sich mit den Vertreibungen zum Zweck der kommunistischen Herrschaftsetablierung und Herrschaftssicherung in der Sowjetunion und in Europa befassen. Diese repressive Methode wurde in nahezu allen kommunistischen Diktaturen in Ost- und Südosteuropa angewandt.

Mit den in der Publikation versammelten Aufsätzen wird das breite Spektrum des staatlichen Heimatentzuges und der Vertreibungen deutlich. Ein geeintes Europa bedarf der differenzierten Erinnerung ge-



Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): *Vertreibungen im Kommunismus. Zwangsmigrationen als Instrument kommunistischer Politik*, Mitteldeutscher Verlag 2019, 176 S., 15,00 €

rade dieser Zwangsmigrationen. Durch den Vergleich können nationale wie regionale Unterschiede und Gemeinsamkeiten deutlich werden.

Grotewohl-Express

Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bietet jeden Donnerstag um 13.00 Uhr einen Rundgang mit Zeitzeugen und Besichtigung des „Grotewohl-Expresses“ an. Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Genslerstr. 66, 13055 Berlin, Tel. (030) 98 60 82 30

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im März Geburtstag haben

Heinz Wulff am 1. März, Rudolf Hannebauer, Erich Kirsch, Helma v. Nerée am 2. März, Werner Röseberg am 4. März, Manfred Smala am 5. März, Alfred Ganzer am 8. März, Erwin Wüst am 12. März, Wolfgang Schirner am 13. März, Brigitte Durineck, Joachim Winkler am 15. März, Reinhard Dobrinski, Gert Hoppe am 18. März, Manfred Malmström, Edith Schulz am 21. März, Wolfgang Schuranski, Peter Stimming am 23. März, Karl-Dietrich Rösch am 25. März, Gisela Grothe am 26. März, Joachim Nitsch, Gerd Sommerlatte am 27. März, Richard Schulze am 28. März, Hannelore Döring am 29. März

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Helmar u. Karin Ahnert, Helmut Gerd Bartmuß, Gisela Bauer, Jürgen Baumgart, BDV LV Baden-Württemberg, Klaus



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Bohlken, Gerold von Busse, Ulrich u. Gisela Egerer, Margita Eikenberg, Eberhard Fischer, Hans-Dieter Fritsch, Anneliese Gabel, John Gerstner, Rita Gesche, Rolf Granert, Brigitte Hänsel, Wolfgang Heilmann, Konrad Hill, Marlies Hoffmann, Käthe Jahn, Manfred Jope, Horst Jungbluth, Frank Kermes, Reinhard Klar, Gerhard Knorr, Fritz Leßmüller, Erna Lobbes, Dr. Bernd Matern, Fritz Mathei, Hilde Möller, Barbara u. Carsten Müller, Dr. Torsten Müller, Fred Noak, Sylvia Öhlenschläger, Werner Pethke, Bodo Platt, Herbert Prenzel, Helga Prieß, Ute Rast, Klaus Peter Ruckebrod, Norbert Schachnowski, Rita Schiller, Rainer Schmiedel, Simone Schreiber, Detlef Sens, Michael Striss, Ursula Timm, Burkhard Ulm, Hans-Hermann Voss, Gert Wagner, Gerda Weisheit, Dr. Volker Wendland, Frank Wiebeck, Tobias Woitschütze, Konrad Ziller, Wolfgang Zimmermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Die einzige für den Triumph des Bösen notwendige Bedingung ist, daß die Guten nichts tun.

Edmund Burke

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 16. Januar 2019

